

Zeitungspreis:

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2,- Reichsmark voraus zahlbar.

Der 'Vorwärts' mit der Sonntagsbeilage 'Welt und Zeit' mit 'Siedlung und Kleinanzeigen' sowie der Beilage 'Unterhaltung und Wissen' und Frauenbeilage 'Frauenstimme' erscheint wöchentlich zweimal.

Telefonnummern: Redaktion: Teubhoff 292-295, Verlag: Teubhoff 2506-2507

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigendirekte:

Die einseitige Anzeigendirekte 70 Pfennig, Reklamastelle 4,- Reichsmark. 'Kleine Anzeigen' das Selbstbedruckte Wort 10 Pfennig, das gedruckte Wort 10 Pfennig, das erste Wort 10 Pfennig, jedes weitere Wort 5 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten Seite 30 Pfennig.

Verlangen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Saalvertrieb, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgeben werden. Gedruckt von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Donnerstag, den 2. April 1925

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Reichstag und Magdeburger Prozeß.

Keine Abgeordneten mehr als Zeugen.

Der Reichstag hat am Mittwoch ohne Debatte und mit großer Mehrheit gegen die Stimmen der Böttischen und der Deutschnationalen die Genehmigung zur weiteren Vernehmung von Reichstagsabgeordneten als Zeugen im Magdeburger Prozeß verweigert.

Dem Beschluß des Plenums war eine mehrstündige Aussprache im Geschäftsordnungsausschuß vorangegangen. Der Berichterstatter Abg. Dr. Bell (Ztr.) verwies bei dieser Gelegenheit darauf, daß das Plenum bereits in seiner Sitzung vom 19. März eine Beschränkung der Vernehmung von Abgeordneten als Zeugen auf das äußerst notwendige Maß verlangt habe.

Der Vorsitzende des Geschäftsordnungsausschusses Abg. Dittmann, gab darauf eine eingehende Darstellung des Sachverhalts und des bisherigen Prozeßverlaufs, wobei er ausführte:

Das Magdeburger Urteil erster Instanz liegt längst im Papierkorb der Geschichte, und das zu erwartende Urteil zweiter Instanz ist völlig gleichgültig für das geschichtliche Urteil über Ebert.

Man hat geglaubt, die Sozialdemokratie mit dem Urteil treffen zu können. Die Präsidentenwahl vom 29. März hat gezeigt, wie falsch das war. Die Wähler sind über den Prozeß längst zur Tagesordnung übergegangen und der Sozialdemokratie ist es völlig vollkommen gleichgültig, ob das Magdeburger Gericht in seinem Urteil Ebert und alle Sozialdemokraten als Landesverräter bezeichnen oder nicht.

Das Gericht hat offenbar gar keine Ahnung von all den vielen politischen und persönlichen Imponderabilien, die bei der Beurteilung der Aussagen solcher Zeugen in Frage kommen. Es zeigt tagtäglich, daß ihm die Vorgänge, die Personen und die Situationen, um die es sich handelt, fremd sind.

Das Gericht hat offenbar gar keine Ahnung von all den vielen politischen und persönlichen Imponderabilien, die bei der Beurteilung der Aussagen solcher Zeugen in Frage kommen. Es zeigt tagtäglich, daß ihm die Vorgänge, die Personen und die Situationen, um die es sich handelt, fremd sind.

Die Staatsanwaltschaft ist genötigt, um die Gegenbeweise zu führen, die Vernehmung immer weiterer Abgeordneter als Zeugen zu beantragen. Bisher sind schon 11 Abgeordnete vernommen worden, jetzt sollen noch 4 Abgeordnete vernommen werden.

tarischen und politischen Tätigkeit, wenn sie wochenlang jeden Augenblick gewärtig sein müssen, wieder nach Magdeburg als Zeuge zitiert zu werden. Mag das Magdeburger Gericht den Angeklagten ruhig freisprechen, mag es Ebert und alle Sozialdemokraten als Landesverräter erklären, aber es sollte endlich dem Skandal ein Ende gemacht werden, daß wegen einer Bagatelle dem Reiche so ungeheure Kosten aufgebürdet werden.

Im Ausschuß erklärten sich nur die deutschnationalen Mitglieder für die weitere Auslieferung von Abgeordneten an die deutschnationalen Inquisition in Magdeburg, so daß der ablehnende Beschluß mit 14 gegen 6 Stimmen gefaßt wurde.

Das gleiche geschah im Plenum. Nur von den Böttischen fanden die deutschnationalen Mannen Befolgung. Der Antrag des Ausschusses wurde in dieser Fassung angenommen: 1. Die Genehmigung zur Vernehmung der Mitglieder des Reichstags Silber Schmidt, Grafmann, Schilde und Siebel wird verweigert, da das Interesse des Reichstags an der Ausübung der parlamentarischen Pflichten seiner Mitglieder das Interesse der Rechtsordnung in der Feststellung des im Untersuchungsschreiben des Landgerichts Magdeburg angegebenen Beweisthemas überwiegt.

2. Nachdem sämtliche Abgeordnete, deren Zeugenernehmung in der Strafsache gegen Rothardt genehmigt worden war, ausschließlich vernommen worden sind, wird die Genehmigung zu weiteren Zeugenernehmungen dieser Abgeordneten verweigert und die Stellungnahme zu etwaigen weiteren Anträgen auf deren Zeugenernehmungen zu bestimmten Zeitpunkten über präzise Beweisfragen vorbehalten.

Wir sind nicht einmal mehr neugierig auf die neuen Anträge, die Queigebrunne und Genossen jetzt noch in Magdeburg produzieren werden. Der ohne Debatte erfolgte Beschluß des Reichstages ist ein deutliches Warnungssignal an das Gericht, um seines eigenen Ansehens willen den Bogen nicht zu überspannen.

Die schwebenden Verhandlungen.

Das preussische Provisorium.

Vertreter der Sozialdemokratie, des Zentrums und der Demokraten traten gestern im Reichstag zu einer Besprechung zusammen, die heute vormittag unter Hinzuziehung von Vertretern der preussischen Landtagsfraktionen fortgesetzt werden sollen.

Die demokratische wie auch die Zentrumspresse bringt die Zuersticht zum Ausbruch, daß es gelingen werde, die Schwierigkeiten zu beseitigen und Marx im zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl gegen Farres oder einen anderen Kandidaten der Rechten durchzuführen.

Heute vormittag versammelte sich der Parteiausschuß des Zentrums, um 2 Uhr nachmittag der demokratische Parteivorstand, um 3 Uhr der sozialdemokratische Parteivorstand.

Die Volkspartei hält an Farres fest.

Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Der Parteivorstand der Deutschen Volkspartei hat in seiner gestrigen Sitzung entsprechend seiner bisherigen Haltung einmütig beschlossen, dem Reichsblock die Kandidatur Dr. Farres für den notwendig gewordenen zweiten Wahlgang vorzuschlagen.

Die preussische Landtagsfraktion der Wirtschaftspartei hat sich bereit erklärt, das Provisorium Höppler-Abschiff in Preußen zu stützen, ohne an Evering, einem etwaigen zweiten sozialdemokratischen Minister und dem bisher besonders heftig befehdeten Wohlfahrtsminister Hirtleifer weiter Anstoß zu nehmen.

Der Magistrat der Stadt Potsdam wird vom Regierungspräsidenten angewiesen werden, gegen die Entscheidung des Bezirksausschusses in der Angelegenheit der Potsdamer Stadtverordnetenversammlung gegen den Potsdamer Magistrat beim Obergerichtsverwaltungsgericht Berufung einzulegen.

Auswärtiger Ausschuß. Die für heute vormittag vorgesehene Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstags, in der die Sicherheitsfrage behandelt werden sollte, ist abgesagt worden.

Scapa Flow. Der Vertreter der englischen Admiralität erklärte am Mittwoch im Unterhaus, daß von den in Scapa Flow versenkten deutschen Kriegsschiffen bereits 11 wieder gehoben sind.

Rechtsblock und Handelspolitik.

Reinfall der Deutschnationalen - Kommunistische Winterfreunde.

Die Demagogie der Deutschnationalen bricht immer mehr zusammen. Ihre Aufwertungspropaganda ist durch den Entwurf der Reichsregierung ein für allemal Lügen gestraft, ihr Kampf gegen die Erfüllungspolitik endete mit der fünfzigprozentigen Unterzeichnung des Dawes-Vertrages und schlug dann sogar in eine wirkliche Unterstützung der internationalen Abrüstungsversuche um!

Die Demagogie der Deutschnationalen bricht immer mehr zusammen. Ihre Aufwertungspropaganda ist durch den Entwurf der Reichsregierung ein für allemal Lügen gestraft, ihr Kampf gegen die Erfüllungspolitik endete mit der fünfzigprozentigen Unterzeichnung des Dawes-Vertrages und schlug dann sogar in eine wirkliche Unterstützung der internationalen Abrüstungsversuche um!

Deutschland, dessen Außenhandel durch Krieg, Inflation und verfehlter Preispolitik der Unternehmer auf das schwerste gelitten hat, bedarf - das ist die Einsicht aller verantwortlichen Kreise außerhalb des Reichslandbundes - des Weltmarktes. Es muß seinen Warenexport, der in den beiden ersten Monaten dieses Jahres nicht viel mehr als die Hälfte der Wareneinfuhr aus dem Ausland betrug, steigern.

Das aber zu erreichen, gibt es nur ein Mittel: Die Handelsverträge. Sie zwingen den Vertragsgegner, die Zollschranken abzubauen, weil ohne einen Handelsvertrag jeder Staat es in der Gewalt hat, die Einfuhrschranken anderer Länder zu erwidern.

Handelsverträge öffnen den Weltmarkt, schaffen der Industrie Absatz, der eigenen Arbeiterschaft Arbeit, erschließen dem eigenen Volke - da sie eine rigorose Schutzpolitik unmöglich machen - die Erzeugnisse fremder Länder und Weltteile.

Darum, weil die Handelsverträge für die Arbeiterschaft von Vorteil sind, ist die Sozialdemokratie seit der Caprivi-Zeit vor 30 Jahren unentwegt für sie eingetreten. Es war ihre besondere Pflicht im Obriheitsstaat, wo der Feudalismus der Großgrundbesitzer genug Macht hatte, um jede positive Außenhandelspolitik zu durchkreuzen und wo jede Sabotage der Handelsverträge den schutzwilligen Bestrebungen der Großlandwirtschaft und dem Brotwucher Vorhub geleistet hätte.

Auch heute hat sich an dieser grundsätzlichen Einstellung der Sozialdemokratie nichts geändert. Wohl aber zeigt die allgemeine verfassungsmäßige und politische Konstellation ein anderes Gesicht. Zur Bekämpfung der Sozialdemokratie hat sich Großlandwirtschaft und Schwerindustrie mit einem beträchtlichen Teil der verarbeitenden Industrie zusammengeschlossen.

verträge, die Zollherabsetzungen für Deutschland bringen, ablehnt. Die Industrie hat jedoch zu einem großen Teil an niedrigen Einfuhrzöllen ein Interesse. Der Großlandwirtschaft ist es gleichgültig, wenn große Produktionsanlagen ungenutzt bleiben, weil es am Auslandsabsatz fehlt. Die Banken, denen an der Dividende etwas liegt, dem Handel, der große Umsatzziffern erstrebt, den Aktionären, die von den gewerblichen Unternehmen anständige Erträge erwarten und verlangen — ihnen allen ist die Handelspolitik ebenso wenig gleichgültig wie denjenigen Unternehmern, die von einem offenen Weltmarkt eine Steigerungsfähigkeit ihrer Produktion erwarten, und den großen Arbeitermassen, die von einem handelsvertragslosen Zustand Teuerung und Arbeitslosigkeit zu gewärtigen haben.

So liegt das auch beim deutsch-spanischen Handelsvertrag. Die Großgüter haben von ihm nichts zu fürchten, da er sich mit den Zöllen auf wichtige Lebensmittel überhaupt nicht befaßt. Aber ihre Feindschaft gegen jede Durchbrechung des deutschen Zolltarifs wird nur noch übertroffen von ihrem Bedürfnis nach politischer Demagogie. Der deutsch-spanische Vertrag legt nämlich dem Deutschen Reich eine Herabsetzung der Weinzölle auf. Es handelt sich dabei fast ausschließlich um Süde- und Verschnittweine, wie sie in Deutschland nicht gebaut werden. Tut nichts. Man will eben um jeden Preis die Stimmen der deutschen Winzer für den Reichslandbund einfangen. Daher das Geschrei um die Kollage des Winzerstandes, dem — wenn er bedroht ist — nicht durch Zollschutz, sondern durch andere Maßnahmen geholfen werden muß. Unter tätiger Mitwirkung der Sozialdemokratie wurde denn auch eine umfassende Hilfsaktion für den Winzerstand eingeleitet. In ihrem verlogenen Liebeswerben um die Winzer haben die Deutschnationalen selbstverständlich Bundesbrüder gefunden in den Kommunisten, die gestern zusammen mit den Schirmherren des Rechtsblocks gegen den Antrag gestimmt haben.

Anders laufen die Interessen der Industrie und der überwiegenden Mehrheit der Arbeiterschaft. Bringt doch der deutsch-spanische Vertrag der deutschen Warenausfuhr weitestgehende Erleichterungen. Die Zollsätze, die Spanien auf deutsche Waren erhebt, werden z. T. bis auf ein Drittel und darunter ermäßigt. Kein Wunder, daß die Spitzenorganisationen der deutschen Unternehmer ebenso wie eine große Zahl untergeordneter Verbände der Industrie und des Handels sich mit größtem Nachdruck für den Vertrag eingesetzt haben.

So klappt der Riß im Rechtsblock, dessen Notwendigkeit der Reichskanzler Luther seinerzeit damit begründet hat, daß „mit der Sozialdemokratie handelspolitische Fragen nicht zu lösen“ seien.

Würde jetzt die Sozialdemokratie getreu ihrer Tradition für die Handelsverträge stimmen, so würde sie den Riß verkleinern. Sie würde den Deutschnationalen die Verantwortung für die Politik abnehmen, die die deutschnationale Regierung treibt. Sie würde dem Rechtsblock, der jetzt in allen Tugenden frucht, zur Lebensfähigkeit verhelfen, indem sie die notwendige Auseinandersetzung der Bürgerparteien unter einander über die zweckmäßige Regierungsform verlagert, bis mit dem Problem der Handelspolitik die Uneinigkeit des Feindes verschwunden ist. Daher enthielten sich die sozialdemokratischen Vertreter im Reichstagsausschuß der Stimme. Wünscht die Industrie die Initiative im parlamentarischen Staat die Regierungspolitik danach zu richten und die Partei, auf deren Hilfe sie angewiesen ist, zur Regierung heranzuziehen. Das paßt den Marxistentöttern natürlich nicht. Dann müssen sie eben sehen, wie sie mit ihrer Blamose fertig werden. Dem Volke werden bald die Augen aufgehen.

Jedenfalls werden wir auf diesem Gebiete noch allerlei Späße erleben. Denn der deutsch-spanische Vertrag ist ja nur der Auftakt zu einer ganzen Reihe von Verträgen, über die jetzt verhandelt wird, z. B. mit Frankreich, Italien,

Polen, Belgien. Und bei allen Verträgen handelt es sich letzten Endes um das Gleiche: Dem deutschen Volke mehr Arbeit und mehr Brot zu sichern.

Es gereicht den Kommunisten zu hoher Ehre, daß sie im zynischen Willen, die breiten Volksmassen Hunger und Elend preiszugeben, auch jetzt wieder Seite an Seite mit den Deutschnationalen kämpfen.

Kein Aprilscherz!

Ein preussischer Minister Mitglied der Akademie von Sowjetrußland.

Der amtliche preussische Pressedienst meldet:

Der Preussische Kultusminister Dr. Becker ist von der Akademie von Rußland in Leningrad zum Korrespondierenden Mitglied ernannt worden.

Dr. Becker ist Demokrat. Er ist Kultusminister von Preußen und gehört als solcher jenem Kabinett an, das von den preussischen Kommunisten, wenn es nach ihnen ginge, täglich dreimal gestürzt würde. Und die Akademie von Sowjetrußland ernannt diesen Dr. Becker zum Korrespondierenden Mitglied? Eine nette Ohrfeige für die Art der Politik, die die KPD. betreibt! Man darf neugierig darauf sein, was die kommunistische Presse zu dieser offiziellen Ehrung eines preussischen Ministers durch Sowjetrußland sagen wird.

Revision der bayerischen Volksgerichtsurteile!

Der sozialdemokratische Antrag vom Rechtsausschuß angenommen.

Der Rechtsausschuß des Reichstags beschäftigte sich am Mittwoch mit dem von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion eingebrachten Gesetzentwurf über die Wiederaufnahme des Verfahrens gegen Urteile der bayerischen Volksgerichte. Der Vertreter der Sozialdemokratie verwahrte sich ausdrücklich dagegen, daß dieser Gesetzentwurf lediglich als eine Lex Fehdenbach angesehen werde. Es handle sich vielmehr um die Verwirklichung eines Rechtsgedankens, der in jedem modernen Strafprozeßrecht verwirklicht sei. Der bayerische Gesandte v. Preger legte gegen den Gesetzentwurf aus verfassungsrechtlichen Bedenken Verwahrung ein, nachdem Staatssekretär Joël vom Reichsjustizministerium die Erklärung abgegeben hatte, daß nach Artikel 7 der Reichsverfassung ein solcher Gesetzentwurf zweifellos durch den Reichstag beschlossen werden könne. In der Abstimmung wurde der Gesetzentwurf mit unwesentlichen Änderungen gegen die Stimmen der Bayerischen Volkspartei, der Deutschnationalen und der Wirtschaftspartei angenommen. Die endgültige Abstimmung im Ausschuß soll am Freitag stattfinden.

Kommunisten und Hitler-Putsch.

Anreizende Urteile.

Leipzig, 1. April. (Eigener Drahtbericht.) Vor dem 4. Strafsenat des Reichsgerichts begann am Mittwoch ein größerer Hochverratsprozeß gegen bayerische Kommunisten. Es sind angeklagt der Gewerkschaftsbeamte Heinrich Farwig aus Berlin, der Eisenbahnschloßer Johann Schrödel und sieben Genossen aus Nürnberg, Regensburg, Würzburg und Umgebung. Den Angeklagten wird zur Last gelegt, im Oktober 1923 (also kurz vor dem Hitler-Putsch) bei einer Zusammenkunft in Nürnberg Gewaltmaßnahmen beraten zu haben, um die damals im Gange befindliche Reichsregierung gegen Sachsen lahmzulegen. In erster Linie sollten Lokomotiven unbrauchbar gemacht und die Weichen zerstört werden, damit die Truppen der Reichswehr und der sächsischen Truppen entgleisen. Das Gericht verurteilte alle Angeklagten wegen Vergehens nach § 7 des Republiksschutzgesetzes, und zwar Schrödel zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis und 100 M. Geldstrafe, Brehms zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis und 100 M. Geldstrafe, Strobel zu 6 Monaten

Gefängnis, 500 M. Geldstrafe, Berner zu 1 Jahr Gefängnis und 50 M. Geldstrafe, Wagner zu 8 Monaten Gefängnis und 50 M. Geldstrafe, Vajarus zu 8 Monaten Gefängnis und 50 M. Geldstrafe, Scheurer zu 6 Monaten Gefängnis, Farwig zu 2 Jahren Gefängnis und 100 M. Geldstrafe, Engelbrecht zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis und 100 M. Geldstrafe. Bei den Angeklagten Brehme, Strobel, Berner und Wagner gilt die Strafe durch die erstellte Untersuchungshaft als verbüßt. Den Angeklagten Schrödel und Farwig werden 1 Jahr 3 Monate resp. 1 Jahr 4 Monate auf die Untersuchungshaft angerechnet. Die Geldstrafe gilt bei allen Angeklagten als verbüßt.

Pusch-Pöbner begnadigt.

München, 1. April. (M.B.) Oberlandesgerichtspräsident Pöbner ist aus der Festungshaft in Landsberg a. d. W. entlassen worden und bereits in München eingetroffen. Wie verlautet, wurde Pöbner Bewährungsfrist zugestimmt.

Der badische Kommunistenprozeß.

Zuchthaus für die Angeklagten.

Leipzig, 1. April. (Eigener Drahtbericht.) Im badischen Kommunistenprozeß wurde am Mittwoch abend vom Staatsgerichtshof folgendes Urteil gefällt: Alle Angeklagten werden wegen Vergehens gegen § 7 des Republiksschutzgesetzes und wegen Sprengstoffvergehen verurteilt, und zwar Osterlag zu 2 Jahren Zuchthaus und 200 M. Geldstrafe, Lammer zu 1 Jahr 6 Monaten Zuchthaus und 200 M. Geldstrafe, Siegmund, Büchler, Weber und Bauer zu je 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis und je 150 M. Geldstrafe, Jander, Rimmeler und Kuhlert zu je 3 Jahren Zuchthaus und je 500 M. Geldstrafe, Breisch zu 1 Jahr 9 Monaten Zuchthaus und 200 M. Geldstrafe. Allen Angeklagten werden 5 Monate bis 1 Jahr und die Geldstrafe auf die erstellte Untersuchungshaft angerechnet.

Die Kredite der Angestelltenversicherung.

Die Regierung leitet eine Nachprüfung ein.

Im Sozialpolitischen Ausschuß des Reichstags erklärte Reichsminister Graf v. Helldorf am Mittwoch im Namen des Reichsarbeitsministers, daß die Denkschrift des A.F.A.-Bundes über das Kreditwesen der Angestelltenversicherung für Angestellte, soweit darin dem Arbeitsministerium der Vorwurf gemacht wird, seine Pflicht als Aufsichtsinstitution veräußert zu haben, nicht zutreffend sei. Er gab dann im einzelnen eine Reihe von Erläuterungen und Ermittlungen bekannt, die das Reichsarbeitsministerium inzwischen veranlaßt hat, um die notwendige Klärung über die Kreditverteilung, das Kreditgebaren und das Vermittlerwesen herbeizuführen. Danach sind auch Maßnahmen getroffen, künftig überhaupt private Geldvermittler auszuschalten. Dem Industrie- und Handelsrat, dem Deutschen Städtebund usw. sind entsprechende Rundschreiben zugewandt. Gen. Kaufhäuser gab seiner Befriedigung darüber Ausdruck, daß das Reichsarbeitsministerium nunmehr die vom A.F.A.-Bund verlangte und in einem Antrag der sozialdemokratischen Fraktion gleichfalls geforderte Nachprüfung über das Kreditwesen der Angestelltenversicherung eingeleitet hat. Die Erklärung des Reichsarbeitsministers behauptete nicht, daß das in der Denkschrift des A.F.A.-Bundes enthaltene, die Reichsversicherungsanstalt belastende Material unzutreffend sei; man müsse im Gegenteil aus der Erklärung entnehmen, daß die Regierung als Aufsichtsinstitution den größten Wert darauf lege, sich selbst von einer Mitverantwortung der Mißstände in der Reichsversicherungsanstalt zu entlasten. Eine Anregung des Gen. Hoch, die Erklärung des Reichsarbeitsministers dem Ausschuß im Wortlaut schriftlich zuzustellen, soll entprochen werden.

Der Abg. Thiel (D.F.P.) versuchte, die Erklärung des Reichsarbeitsministers dahin umzuwenden, es wären damit die sachlichen Vorwürfe gegen die Angestelltenversicherung entkräftet. Er fand aber in den darauf folgenden Ausführungen des Regierungsvertreters keine Bestätigung für seine Annahme. Es wurde in Aussicht genommen, die Denkschrift des A.F.A.-Bundes nach Abschluß der nunmehr schwebenden Ermittlungen des Arbeitsministeriums im Ausschuß zum Gegenstand eingehender Erörterungen zu machen.

Konzert-Dämmerung.

Musikumschau von Kurt Singer.

Den Jokus der Philharmonischen Konzerte beendete Furtwängler mit der Reunten Sinfonie von Beethoven. Diese letzte harmonische Aussprache eines Uebermenschen, dieses mustergewordene Klang- und Entwicklungswunder eines Genies, das sich aus Leiden emporschwingt zu einer freudvollen Bejahung des Lebens und zu einem alarmierenden Ruf an die große Menschenerdrüberung, dieses durch kein Formgesetz mehr in sich gefesselte Bewusstsein darf nur ein Dirigent in den Konzertsaal versetzen, wenn er es so mit Hand, Herz und Kopf beherrscht, wie Furtwängler. Auch ein Kapellmeister dieses seltenen Formats darf es nur in Stunden der Feier und Weihe. Daß solche Leistung ohne Hilfe der Partitur möglich und notwendig ist, bewies dieses letzte Konzert. Da es zum Besten des Pensionsfonds der Philharmoniker stattfand, so waren die Orchestermitglieder, die ja für das Durchschmittselingen aller Konzerte in der Philharmonie viel wesentlicher verantwortlich sind als alle möglichen Dirigenten, mit besonderer Hingabe und letzter Einstellung an den von ihnen hochverehrten Furtwängler tätig. Wir wollen dabei gar nicht unterlassen, die außerordentlichen Dehnungen des Tempos im Andante, besonders aber das epische Zeitemaß auf Kosten des dramatischen Schwunges im ersten Satz persönlich zu beanstanden. Sicher ist, daß Furtwängler aus seiner Natur heraus gerade ein Beethovensches Werk absolut richtig und demnach schon dirigiert. Aber gegen gewisse Traditionen, von der die durch Kritik geschaffene Wohl der vollendete ist, läßt sich in Gefühlsdingen nicht andampfen. Das Allegro taktierte Furtwängler fast durchweg in Achteln, und ich taxiere, daß die Gesamtauführung zehn Minuten länger als üblich dauerte. Davon abgesehen: Die Interpretation einer Beethovenschen Sinfonie ist bei ihm ein Akt der herrlichsten Aufopferung, ein melodiöser Akt, der uns erschüttert. Die Klage, daß in den philharmonischen Konzerten zu wenig Neues gespielt wird, will nicht verkommen. Sie ist berechtigt, schon von dem Gesichtspunkt aus, daß diese Abende die zentralen musikalischen Ereignisse Berlins darstellen. Man wird es sich doch überlegen, ob die sehr überflüssige Einrichtung der solistischen Mitwirkung nicht allmählich abgebaut wird, um Zeit für Besseres zu gewinnen. Zeit: das ist's, woran es den Philharmonikern und Furtwängler fehlt. Es läßt sich bei der Doppelstellung, die Furtwängler in Leipzig und in Berlin hat, nicht einrichten, daß er mehrere Tage dafür verwendet, um neue Musik so einzustudieren, wie es seinem Verantwortungsgefühl gemäß wäre. Die Forderung an die maßgebenden Instanzen muß daher lauten, Furtwängler für immer und ganz nach Berlin zu ziehen. Dann erst wird er die Möglichkeit haben, das zu geben, was er bei seinem sporadischen Wirken in Berlin nur herrlich andeuten kann. Wo ein Wille ist, ist ein Weg.

Ueber Furtwänglers Art zu dirigieren läßt sich kaum mehr Neues sagen. Es ist das in seiner Art Vollenkungen. Bei Erich Kleiber, der die kömmerliche Farbe so oft wechselt, muß immer wieder von der Technik gesprochen werden. Da ist es denn dem Referenten eine liebe Pflicht, die außerordentliche Leistung des Dirigenten im letzten Konzert der Staatskapelle laut zu preisen.

Kleiber ist ein Forte- und ein Presto-Dirigent. Die Leidenschaft und dramatische Nerve, die er in „Macbeth“ von Strauß auf das Orchester überströmen ließ, wirkte so elementar wie selten. Wo eine Kantilene schwingt wie im Beginn der „Genoveva-Ouvertüre“, da wird die Leistung blasser. Wo der Intellekt dominiert, da bekommt Kleibers Dirigieren einen genialen Zug. Das war bei den fünf Orchesterstücken Opus 16 von Schönberg der Fall. Schon daß er sie einem konservativen Publikum vorsetzte, bedeutet Mut aus dem Gefühl historischer Verantwortung heraus. Diese unerhörten schweren fünf Stücke stellen dem Orchester wie dem Kapellmeister außerordentliche Aufgaben. Es handelt sich um Impressionen, die einen völlig neuen Orchesterstil zuzwege bringen, gegen jeden melodischen, im alten Sinne kantablen Charakter fast absichtlich antreten, dabei aber eine Farb Stimmung erzeugen und eine rhythmische Kontrapunktik schaffen, die bisher noch nicht da war. Bei dem Partiturbild anschau, wird wissen, was ich meine. Bei Beethoven waren gewiß schon die Instrumente selbständig, aber es gab innerhalb der Einzelsysteme grundierende Elemente, Füllstimmen, bedeutungslose Mittelstimmungen. Bei Schönberg ist alles solistisch. Abstrakte, reine Gefühlsmusik eines Musikers, der einen einzelnen Ton zum Motivo innerhalb einer Entwicklungsreihe werden läßt, den er durch alle möglichen und denkbaren Stufen der Farbmischung hindurchführt. Dafür dürfte das letzte der fünf Stücke das genialste Paradigma sein. Kleiber mußte hier aus dem Rollen heraus, das heißt mit letzter Anspannung und mit vollster Insensität eines die Schönheit der Partitur schauenden Auges. Gegen eine Anzahl Zischer und gegen die entsetzte Stummheit des halben Hauses behielt er recht. Er sei bedankt.

Das Neue grühen wir, wo und in welcher Aufmachung wir es treffen. Der Chor Dirigent Rosebery d'Arguto macht seit einigen Jahren viel, ein wenig zu viel von sich reden. Ist man eines seiner Programme, so strahlt sein klangvoller Rame mindestens zwanzigmal ins Auge des Beschauers. Er ist Komponist, Varyngologe, Stimmphysiologe, Chorleiter, Schriftsteller, Tenor, Bearbeiter alter Gefänge. Diese Vielseitigkeit ist gewiß begrüßenswert, aber weder d'Arguto noch seine Gesangsgemeinschaft haben es nötig, so stark in die Atmosphäre der Reflektiertheit hineingetrieben zu werden. Der Chor läßt sich aus Kinder-, Frauen- und Männerstimmen zusammen, deren naturhaftes und unverfälschtes Klingen außerordentlich wohlklingend wirkt. Die Disziplin rührt von dem energischen und kunstbetonten Willen des Leiters her, und es ist nicht nur erfreulich, daß sich hier um einen zentralen ethischen Willen herum eine wirkliche Gemeinschaft zusammengebildet, sondern es ist auch erstaunlich, wie sicher diese vielen Ebenen des Gesanges intonieren und wie gut sie aussprechen. In Volksliedern kommt dieses Positive der Leistung besonders gut zum Ausdruck. Ein Duett in Viertelnoten erwies sich als eine musikalische Unmöglichkeit, weil nicht ständig, sondern nur ab und zu unjauber gesungen wurde, weil also nicht alle vier Singenden Viertelnoten-Trefflichkeit haben. Symphonische Reigengefänge und Absolute Gesangsphantasie — das sind schöne Ramen für Chorgesänge ohne Text. Sie klingen gerade in ihrer bequemen und oft kindlichen Zusammenstellung gut. D'Arguto ist bei diesen Vorführungen, die Hand an der Deckerstimme, mitten im Chor, der auch ohne Dirigent rhythmisch sicher bleibt. Pöblich sprinzt er auf und dirigiert, anschließend immer an derselben Stelle. Ist das Genie oder Eitelkeit?

In einer unbedeutenden „Onegin“-Aufführung des Deutschen Opernhouses wirkte Berta Ralkin als eine außerordentliche, das Wesen der russischen Träumerin Tatjana zu innerst treffende Künstlerin, die in Spiel und Gesang ihre Rolle voll ausfüllte. Das Frankfurter Streichquartett (Viebrecht, Cohen, Fruth, Bogner) steht am Beginn seiner Laufbahn, die eine glückliche Entwicklung nehmen dürfte. Die jungen Leute spielen aus einem konzentrierten Willen heraus mit einer wertvollen Präzision, die ein besonderes Formgefühl verrät. Dennoch dürfte noch manches zu fördern sein, besonders nach der Seite der Sinnlichkeit und der Kultur des gesanglichen. Es ist aber so etwas unersichtlich Rustantisches und Vorwärtstreibendes in dem Spiel Viebrechts und seiner Genossen, daß man sich auf weitere Abende freuen darf. Margarita Mirimonowa spielte trotz einer Unpöblichkeit, die zu leichter Ohnmacht führte, ein anspruchsvolles Programm. Mit guter Fingertechnik verbindet sie ein tiefes Empfinden; keine Salonstücke klingen besonders delikate. Günther Homann mühte sich, um ein ganzer Künstler zu werden, nach beiden Polen des Ausdrucks hin vollenden. Sein Piano ist ausdruckslos, sein Forte brutal. Sehr fein und geschickt brachte er die Suite Opus 87 von Walter Niemann, einen Nachtlang romantischer Musikwelt, zur Erstaufführung.

Ulrich Guffmann: Neue Volks-Musik-Kultur. (Arbeiterjugendverlag, Berlin 1925.) Dieses Büchlein zeigt der musikalischen Bildungsgemeinschaft in der Arbeiterjugend gute und gangbare Wege, ohne sich dabei unklar zu sein über Hindernisse und Gefahren, die solcher Arbeit allenthalben drohen. Erschöpfend wird hier von einem mit den Einflüssen des Wissenschaftlers ausgerüsteten erfahrenen Praktiker und Künstler der Weg in ein neues Sein gefunden; aus der klug abwägenden Betrachtung des Vergangenen einmal, dann auch aus dem kritischen Rüstern des Zeitigen, und nicht zuletzt aus dem Nachfühlen all der Strebungen und Notwendigkeiten, die unsere Zeit erfüllen. Nirgends verliert sich der Verfasser im Schwärmen nach himmelblauen Möglichkeiten, sondern er behält immer den harten, steinigen Boden der Tatsachen und Wirklichkeiten unter den Füßen. Daß er trotzdem sehr wirksam und sehr energisch vorwärts führt, sei ihm besonders dankbar nachgerühmt. Praktische Winke und zahlreiche Hinweise auf musikalische Materialien machen das Heftchen — das mit einer wahrhaftigen Kunst vollstimmlicher Follunostart geschrieben ist — für jede Hand brauchbar und wertvoll. S. 9.

Das Bauhaus in Dessau. Ein Beschluß des Dessauer Gemeinderats billigt die Anknüpfung des bisherigen Weimarer Bauhauses an die Dessauer Kunstgewerbe- und Handwerkerchule unter Oberleitung von Prof. Walter Gropius und bestimmt als Höchstgrenze der jährlichen Unterhaltung der Stadt für die Anstalt 100 000 Mark. Gleichzeitig ist der bisherige Leiter der Kunstgewerbe- und Handwerkerchule, der Bildhauer Richard Krieger, in den Ruhestand getreten.

Deutsches Schulwesen. „Was ist Deutschland?“ — „Bitte, bitten Sie mich nicht, Herr Lehrer: mein Vater sagt, Deutschland ist eine Republik!“ (Aus „Lachen links“.)

Manda o Kretzig mit ihrer Tanztruppe gibt am Sonntag, den 5. d. M., mittags 12 Uhr, eine Tanz- und eine im Theater „Die Komödie“ am Kurfürstendamm. Die mitwirkende Kapelle ist die Jazz-Band Sineapel. Das Programm enthält nur eigene Läufe.

Krise der Diktatur.

Auf dem kommunistischen Olymp.

Aus Moskau wird uns geschrieben:
Nach dem Tode Lenins ging die Macht in Rußland bekanntlich in die Hände des Triumvirats Kamenew, Sinowjew und Stalin über. Viele sagten schon damals voraus, daß in dem Augenblick, wo Trozki befeitigt sei, der Kampf zwischen Stalin und Sinowjew einlehen würde. Jetzt ist Trozki befeitigt, und die Prophezeiung beginnt sich zu verwirklichen: zwischen Stalin und Sinowjew herrscht offene Feindschaft, und der Kampf zwischen ihnen steht unmittelbar bevor.
Es kann jetzt schon als Tatsache bezeichnet werden, daß die Selbstherrlichkeit des Direktoriums nicht mehr existiert. Dies dürfte von keinem der den herrschenden Kreisen nahestehenden Kommunisten mehr bestritten werden. Außerlich hat sich scheinbar nichts geändert, denn weder Sinowjew noch Stalin sind verhaftet oder deportiert, oder auch nur „erkrankt“, sie nehmen vielmehr gemeinsam an allen Sitzungen des Politischen Bureaus teil. Aber tatsächlich ist der Bund der drei solidarischen Mitglieder des Politischen Bureaus, die gemeinsam den Parteiapparat in Händen hielten und die selbstherrliche Gewalt im Lande repräsentierten, zerfallen. Jeder von ihnen kann als Kandidat zum Selbstherrlicher in einer anderen Kombination in die Erscheinung treten.

In diesem Sinne hat bei uns bereits ein neuer „Kampf um die Macht“ eingeleitet, der im gewissen Sinne eine neue geschichtliche Periode einleitet. Die bisherige Periode war ausgefüllt mit dem Kampf um Lenins Erbe, der unermesslich in einen Kampf gegen Trozki ausmünden mußte. Als Lenin, vom Schlaganfall gelähmt, sich in einen lebenden Leichnam verwandelte, war Trozki sein natürlicher Nachfolger, der von Lenin selbst als solcher anerkannt wurde. Wer sollte es sonst sein? Etwa Sinowjew, der von niemand geliebt und geachtet wird? Oder Kamenew, der von niemand anders eingeschätzt wird, als daß er ein guter, zweitrangiger Schauspieler ist? Oder gar Stalin, den Lenin in seiner Denkschrift über die nationale Frage so heftig gegeißelt hat, daß alle, die von diesem Dokument Kenntnis hatten, sagten: „Na, wenn Nitisch gesund wird, ist es mit Stalin zu Ende!“

Die drei genannten Mitglieder des Politischen Bureaus, von denen keiner auch nur daran zu denken wagte, sich mit Trozki zu messen, schlossen sich zu einem Triumvirat zusammen, das zuerst zum Zweck der Selbstverteidigung und dann zu Angriffszwecken das Monopol des „Leninismus“ sich aneignete. Gemeinsam vertrieben sie fast die gesamte Parteibureauplatzierung um sich zu sammeln und den Sieg davonzutragen. Darin bestand die „Leninisierung“ der russischen kommunistischen Partei.

Als jedoch der volle Sieg errungen war, der dank der unheimlichen Taktik Trozki's, der seine Anhänger verriet und sich dadurch selbst isolierte, verhältnismäßig leicht war, wurde es klar, daß die Ziele der einzelnen Mitglieder des Triumvirats keineswegs die gleichen waren. Sinowjew und Kamenew wollten die völlige Befreiung Trozki selbst um den Preis seiner Ausschließung aus der Partei. Stalin jedoch wollte Trozki nur isolieren, ohne ihn endgültig von der Leitung der Regierungsgeschäfte fortzubringen. Diese Haltung Stalins verstärkte besonders die Unversöhnlichkeit Sinowjews, da dieser befürchtete, daß Stalin darauf ausgehe, Trozki als künftigen Bundesgenossen in der Reserve zu halten.

Im allgemeinen kann man sagen, daß eine neue Krise in der kommunistischen Partei heraufzieht. Vorläufig ist die Lage noch unklar. Die Parteibureauräten verschiedenen Ranges spüren instinktiv den kommenden Kampf, sie sehen aber noch nicht, nach welcher „Richtform“ sie sich orientieren sollen. Keine der kämpfenden Gruppen wagt es, eine „Diskussion“ zu eröffnen. Hierzu kommt noch die Notwendigkeit, die anwachsende Welle der bäuerlichen Opposition zurückzudämmen und sich für den Kampf gegen die Rechte zu rüsten. Es ist offensichtlich, daß die gegnerischen Gruppen in der Partei den Kampf fürchten und ihn verlagern wollen. Entgegen allen Traditionen ist der ordentliche Parteikongress vom Frühjahr auf den Herbst verlegt worden. So weist alles darauf hin, daß die Parteikrise sich noch einige Zeit in verhüllter Form fortentwickeln wird.

Es ist hierbei charakteristisch, daß man am wenigsten etwas über die Meinungsverschiedenheiten und die Ursachen der Differenzen zwischen Stalin und Sinowjew hört: der Kampf zwischen ihnen erscheint als vollkommen natürlich und im voraus bestimmt. Im allgemeinen ist man der Auffassung, daß die Hauptursache der Differenzen auf der verschiedenartigen Einschätzung der Notwendigkeit eines Kompromisses mit der Bauernschaft zurückzuführen sei. Wir glauben jedoch, daß Stalin — vielleicht noch nicht vollkommen bewußt, aber immerhin im Einklang mit der Stimmung breiter Parteikreise — tatsächlich danach strebt, die kommunistische Internationale zu „bändigen“, ihre für die russische Außenpolitik schädliche Propaganda auf ein Minimum zu beschränken, und eine Erweiterung des „Nep“, d. h. der Neuen Wirtschaftspolitik, auf dem Boden einer engeren Verbindung mit der kapitalistischen Welt vorzubereiten. Hierbei tritt Stalin als Vertreter des russischen Parteiapparates im Kampfe gegen den Apparat der kommunistischen Internationale hervor. Der Kampf der einzelnen Kliquen ist hier mit dem Kampf der einzelnen Bureauräten verflochten, aber in Verbindung damit entfaltet sich auch allmählich der Kampf der einzelnen politischen Richtungen miteinander.

Meinungsaustausch über den Garantiepakt.

Paris, 1. April. (Eigener Drahtbericht.) Der „Paris Soir“ will wissen, daß die Antwort der Alliierten auf die deutschen Garantievorschläge, deren Entwurf augenblicklich Gegenstand der in London geführten diplomatischen Verhandlungen bildet, auch einen Fragebogen enthalten wird, der alle diejenigen Punkte aufzählt, über die man namentlich in Paris ergänzende Mitteilungen von der deutschen Regierung zu erhalten wünscht. Die gleiche Quelle erklärt, daß darin u. a. auch die genaue Frage gestellt wird, welche Garantien Deutschland für die Sicherheit der osteuropäischen Staaten zu bieten gedenke. Der „Temps“ will darüber hinaus wissen, daß in dem deutschen Angebot vom Februar Belgien überhaupt nicht erwähnt war und deshalb die alliierte Antwort auch über diesen Punkt von Berlin bindende Aufschlüsse verlangt. Insbesondere wird eine Erklärung darüber erwartet, ob Deutschland bereit ist, die Abtretung der Kreise Eupen und Malmedy in die Garantieklausel einzufügen. Meinungsverschiedenheiten sollen zwischen London und Paris noch immer darüber bestehen, ob der Abschluß eines Garantievertrages mit Deutschland von dessen Eintritt in den Völkerbund abhängig gemacht werden soll.

Gegen Versklavung, gegen Versailles!

Nach den Alldeutschen die Konservativen.

Der engere Vorstand der Deutschkonservativen Partei, ein Gebilde, das für sich den Anspruch erhebt, die Elite der Deutschnationalen darzustellen, trat gestern zu einer Sitzung zusammen, in der u. a. folgende Forderungen aufgestellt wurden:

Widerruf der Schuldfrage.
Beseitigung des Versailler Diktates und der darüber hinausgehenden Bindungen. Nicht nachlassender Kampf gegen die Versklavung (Sicherheitspakt, Dawes-Gesetze usw.).

Anerkennung der ständigen Rechtsgrundlagen in Gesetzgebung und Verwaltung. Auch der Gesetzgeber darf nicht gegen Treu und Glauben verstoßen (Auswertung usw.).

In der Sitzung wurde, wie die „Kreuzzeitung“ versichert, von allen Seiten mit Nachdruck betont, „daß die Konservativen nur solche Politiker unterstützen können und dürfen, die die Sicherheit bieten, daß sie die vorstehenden Forderungen und Ziele, unbeeinträchtigt von Augenblicksrückfällen und Augenblickserfolgen, tatkräftig durchzuführen gewillt sind“. Das bedeutet, daß die Kerntruppe der Deutschnationalen nicht nur einen entscheidenden Vorstoß gegen den schon längst fälligen Außenminister Stresemann unternommen hat, sondern daß sie dem Kabinett Luther als solchem und damit auch den deutschnationalen Kabinettsmitgliedern Schiele, Schlieben und Reubaus ein offizielles Mißtrauensvotum ausgesprochen hat.

Widerruf der Schuldfrage: Hat auch nur einer der deutschnationalen Minister es gewagt, den Mund in der Schuldfrage aufzumachen? Von der Schuldfrage ist zu Zeiten des Kabinetts Marx von offizieller Seite mehr gesprochen worden als heute. Das Rechtsblockkabinett vermeidet es geradezu ängstlich, die Schuldfrage auch nur zu berühren.

Beseitigung des Versailler Diktats, Kampf gegen die Versklavung: Du lieber Gott, das Kabinett Luther ist weit davon entfernt, auch nur an eine Revision zu denken! Im Gegenteil, es ist aus freien Stücken an die Entente mit dem Vorschlag herantreten, die Abtretung von Elsaß-Lothringen, Eupen und Malmedy in einem neuen Pakt feierlich zu bestätigen. Es konnte in den sozialpolitischen Debatten nicht ängstlich genug daran erinnern, daß man die kommenden Lasten als dem „Versklavungspakt“, aus dem „zweiten Versailles“ berücksichtigen müsse. Wenn so die Vorbereitung zur Beseitigung des Versailler Vertrags und der Kampf gegen die Versklavung aussieht, dann war Marx ein Riese an Energie im Vergleich zu den Luther, Schiele, Schlieben und Reubaus!

Treu und Glauben in der Gesetzgebung, Treu und Glauben in der Aufwertungsfrage? Die Konservativ-Partei hat einen guten Witz gemacht, wenn sie das ernstlich von dem Rechtsblockkabinett Luther, dem Vater der Abwertung, und von der deutschnationalen Reichstagsfraktion, der wackeren Wörberin ihres eigenen Kindes, verlangt.

Mißtrauensvotum dem Rechtsblockministerium. Nach dem Alldeutschen Verband die Deutschkonservative und nicht nur die Deutschkonservative Partei. Denn auch der Dsmarkausch der Deutschnationalen wendet sich in einer scharfen Entschiedenheit gegen den Sicherheitspakt. Kurz vor dem ersten Wahlgang hat man den deutschnationalen Sturm auf das Kabinett Luther zum Stehen gebracht. Drei Tage nach der Präsidentenwahl bricht die Rebellion von neuem aus. Sie frißt sich immer näher an das Herz des Rechtsblocks heran.

Schöne Aussichten für den Rechtsblock! Netze Aussichten für den zweiten Wahlgang! Sehr verständlich, wenn man einen Linksblock zum Teufel wünscht!

Das deutsche Angebot und die Tschechoslowakei

Eine Rede des Senators Heller.

Prag, 1. April. (Eigener Drahtbericht.) In der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses der Tschechoslowakei sprach in der Debatte, in der die Übereinstimmung aller Parteien des Hauses mit der Politik des Dr. Benesch zutage trat, auch der deutsche Sozialdemokrat Dr. Heller, der sich über das Angebot Deutschlands wie folgt äußerte:

„Der Schritt Deutschlands ist ein wichtiger Fortschritt auf dem Wege zum wirklichen Frieden. Wir würden aber lieber sehen, daß das, was Deutschland will, im Rahmen des Völkerbundes verwirklicht wird, was den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund voraussetzt. Der Verzicht auf Elsaß-Lothringen, der diesmal im Gegensatz zu dem erzwungenen Verzicht im Versailler Vertrag, ein freiwilliger ist, bedeutet einen hohen Grad von Selbstentäußerung und bildet ein unwiderlegliches Zeugnis für den entschiedenen

Friedenswillen Deutschlands. Auch daß Deutschland darauf verzichtet, das ungeheure Unrecht, das ihm an seinen östlichen Grenzen zugefügt wurde, im Wege der Gewalt wieder gutzumachen, zeigt, daß der Einfluß der demokratischen und republikanischen Parteien in Deutschland so groß geworden ist, daß sogar die derzeit am Ruder befindliche konservative Regierung diesem nachgeben muß. Es wäre sehr ungerecht, diesen Schritt Deutschlands, der den endgültigen Verzicht auf eine Million deutscher Bürger bedeutet, nicht in seiner vollen Tragweite zu würdigen. Seit dem Ende des Krieges hat noch kein Staat dem Frieden der Welt einen so großen Dienst geleistet wie Deutschland durch sein Angebot. Der Herr Minister Benesch hat behauptet, daß in den letzten sechs Jahren niemals ein Streit zwischen der Tschechoslowakei und Deutschland bestand. Dem muß ich widersprechen. Das Eintreten der Tschechoslowakei bei der Lösung der oberschlesischen Frage zugunsten Polens hat auf die Beziehungen zu Deutschland ungemein schlecht eingewirkt. Ich bezeichne dieses Eingreifen als einen schweren politischen Fehler. Wir wünschen den Frieden mit Polen und den Abschluß eines Handelsvertrages, sprechen uns aber mit aller Entschiedenheit gegen den Abschluß eines politischen Vertrages aus, der uns in Konflikt mit Deutschland oder Rußland bringen könnte, da mit allen beiden Staaten wir sonst keinerlei Streitpunkte haben. Wir protestieren auch dagegen, daß der Herr Minister Benesch das Verhältnis zu Polen vom slawischen Standpunkt aus beurteilt, was mit Rücksicht auf die großen nationalen Minderheiten der beiden Staaten einen Rückschlag aus der so gern betonten Realpolitik in eine Politik atavischer Gefühle bedeutet. Im großen ganzen wünschen wir, daß Deutschland der Eintritt in den Völkerbund in kürzester Zeit ermöglicht werde.“

Benesch über die deutschen Vorschläge.

Bedingungen und Vorbehalte.

Prag, 1. April. (W.T.B.) Außenminister Benesch gab heute im Ausschuss des Senats in Anknüpfung an die deutschen Vorschläge zur Sicherheitsfrage eine ausführliche Darlegung seiner Politik, wobei er u. a. ausführte:

Unseren Informationen zufolge wurde der Sinn der deutschen Vorschläge dahin bekämpft, daß Deutschland im Westen definitiv die Bestimmungen und den status quo des Versailler Vertrags anerkennt, bezüglich der Ostgrenze jedoch sich auf denselben Standpunkt stellt, den alle französischen Regierungen vor dem Kriege hinsichtlich Elsaß-Lothringens einnahmen, das heißt, Deutschland hat den Versailler Vertrag unterzeichnet, es wird also den Vertrag einhalten und seinetwegen — auch was die Ostgrenze betrifft — niemals einen kriegerischen Konflikt hervorrufen.

Benesch schilderte dann seine Besprechungen mit Chamberlain, dem gegenüber er trotz seiner Vorliebe für das Genfer Protokoll eine Prüfung der deutschen Vorschläge nicht grundsätzlich abgelehnt habe, und erklärte, weitere verpflichtende Schritte habe er aber von folgenden Bedingungen abhängig gemacht:

1. Kenntnis des genauen Wortlauts eines derartigen Paktes und der vorgeschlagenen Schiedsverträge.
2. Nichtanfassung der in den Friedensverträgen der Tschechoslowakei garantierten Rechte.
3. Eintritt Deutschlands in den Völkerbund als notwendige Ergänzung des Garantiepaktes, der notwendigerweise unter der Ägide des Völkerbundes zu weiteren Garantiepakten und schließlich zu den Prinzipien des Genfer Protokolls führen werde.

Herriot stimmte, sagte Benesch weiter, mit dem Standpunkt und den Vorbehalten der Tschechoslowakei zu den deutschen Vorschlägen vollkommen überein. Herriot vertrete, wie er, Benesch, die Ansicht, daß der Versuch vielleicht als ernsthaft und aufrichtig aufzufassen sei, da angenommen werden könne, daß auch in Deutschland die Mehrheit des Volkes nach zehn Jahren schwerer kriegerischer und politischer Kämpfe das Bedürfnis nach Ruhe und Frieden empfinde.

Die endgültige Regelung der Friedensgarantien sehe, so erklärte Benesch weiter, auch die Teilnahme Rußlands voraus. Jedenfalls bedeute der heutige Stand der Dinge trotz der Beiseitigung des Genfer Protokolls einen gewissen Fortschritt in der internationalen Lage, unter der Bedingung freilich, daß es zum Abschluß des fraglichen Paktes komme. Man würde damit in eine Periode der Stabilisierung des Friedens und der Friedensverträge eintreten. Dies würde auch eine Änderung in der Stellung Deutschlands bedeuten, das von diesem Tage an in normalen Beziehungen zu den übrigen Mächten treten würde und moralisch und politisch eine gleichberechtigte und gleichwertige Stellung hätte. Die tschechoslowakische Republik habe während der letzten 6 Jahre mit Deutschland nicht einen einzigen, auch nicht den kleinsten Streit gehabt. Der Abschluß des Paktes und eventuell auch des Schiedsvertrages würde einen weiteren Schritt zu einem gut nachbarlichen und freundschaftlichen Verhältnis bedeuten.

England gegen Militärkontrolle.

Antilige Erklärung im Oberhaus.

London, 1. April. (W.T.B.) Auf Anfrage erklärte Lord Newton im Oberhaus, daß, als er im Jahre 1921 in Berlin war, ihm mitgeteilt worden wäre, daß die Arbeit der Interalliierten Kommission so gut wie vollendet sei. Wenn dies der Fall gewesen wäre, was sei denn in den letzten vier Jahren geschehen? Anscheinend hätten die Deutschen durch ihr eigenes Verhalten die Beibehaltung dieser Kontrolle ganz unnötig verlängert. Wenn sie vernünftig genug gewesen wären, den Forderungen der Kommission nachzukommen, so hätte diese schon vor 2 Jahren sich auflösen können. Der deutsche Widerstand habe der französischen und einem Teil der englischen Presse, der noch französischer sei als die französische Presse selbst, die Gelegenheit geboten, zu behaupten, daß Millionen von bewaffneten Hunnen unter der Erde oder in der Luft verborgen seien, die bereit wären, jeden Augenblick sich über die Welt zu werfen und alles in Asche zu legen. Es sei von den deutschen Behörden töricht gewesen, die Bestimmungen des Vertrags zu umgehen, „aber“, so fuhr Lord Newton fort, „würden wir schließlich nicht daselbst getan haben? Würden wir nicht in jeder Weise Obstruktion üben und die Hoffnung nähren, eines Tages unsere frühere Stellung wieder zu erlangen?“

Lord Newton erklärte weiter, es falle nicht sehr ins Gewicht, ob die Deutschen friedlich oder kriegerisch seien. Die höchsten militärischen Autoritäten erklärten, daß die Deutschen nicht in der Lage seien, irgendeine Feindseligkeit auszuführen. Dies müßte allen gegnend und die Kontrollkommissionen müßten so bald wie möglich verschwinden. Man höre von Abrüstung reden, aber die einzigen, die abgerüstet hätten, seien die vormals feindlichen Staaten, während die anderen Länder oder einige von ihnen größere Heere aufrecht erhalten als vor dem Kriege. Trotzdem würden diese Kommissionen aufrecht erhalten auf Kosten dieser bankrot-

ten, ehemals feindlichen Regierungen. Wenn diese Kommissionen von ihren eigenen Regierungen bezahlet werden müßten, wären sie von selbst seit langem verschwunden.

Wahrheit sei, daß immer, wenn ein normals feindliches Land Zeichen von Erholung aufweise, seine Nachbarn alle bis zu den Zähnen bemannet, Beforgnis vorgäben und erklärten, dies Land werde einen neuen Krieg beginnen und sofortige Vorkriegsmaßnahmen in Gestalt von Kontrollkommissionen und militärischer Besetzung forderten. Wie werde dies alles enden? Wenn wir die französischen Auffassungen von Sicherheit verherben lassen, so würden diese Kommissionen ewig sein und alle von dieser zum Zweck einer Verlängerung der Dauer der militärischen Beziehung verwandelt werden. Diese Kontrollkommissionen läten nichts Gutes, weil davon entfernt, den Koandgeß zu befehligen, verschärften sie ihn und erhielten eine Kriegsatosphäre aufrecht, die alle vernichten wollten. Einer der wirksamsten Schritte, um eine bessere Stimmung in ganz Europa wiederherzustellen, würde sein, diesen Kontrollkommissionen bald ein Ende zu bereiten.

Aktive Kolonialpolitik?

Stimmt es, Herr Stresemann?

London, 1. April. (Eigener Drahtbericht.) In eingeweihten Kreisen Londons geht das Gerücht, daß die deutsche Regierung in London wegen der Wiedererwerbung von Kolonialbesitz sondiere. Die deutschen Wünsche sollen auf den portugiesischen Kolonialbesitz von Angola und Mozambique gehen. Ueber diese Kolonialgebiete haben bereits im Jahre 1898 zwischen England und Deutschland Vertragsverhandlungen stattgefunden. Der damals in Aussicht genommene Vertrag ist im Jahre 1912 schließlich endgültig gescheitert. Deutschland wünsche zu erfahren, ob die englische Regierung bereit sei, auf der Basis der Verhandlungen von 1898 erneut zu diskutieren.

Gewerkschaftsbewegung

Ein schwerer Konflikt in der Metallindustrie.

Um Arbeitszeit, Urlaub und Lohn.

In der Berliner Metallindustrie spitzt sich ein erster Kampf zu. Die Ursache dieses Konfliktes liegt in dem Ablauf des Rahmentarifvertrages, welcher am 28. August 1922 zwischen dem Deutschen Metallarbeiterverband und dem Verband Berliner Metallindustriellen abgeschlossen wurde. Durch diesen Rahmenvertrag sind die Arbeitszeit, die Lohnzahlung, der Urlaub, die Akkordarbeit und sonstige wichtige Bestimmungen geregelt.

Die Funktionäre des Metallkartells, die in den Betrieben des B.M.A. beschäftigt sind, haben in einer Versammlung beschlossen, diesen Rahmenvertrag zum 1. April 1923 zu kündigen, und erklärten sich bereit, mit der Arbeitgeberorganisation auf der Grundlage des Vertrages vom 28. August 1922 erneut zu verhandeln. Bekanntlich wurde nach dem Streik im Januar 1924 ein Paktus in bezug auf die Arbeitszeit aufgenommen, nach welchem die Arbeiter das Recht hatten, je nach der Eigenart oder den wirtschaftlichen Bedürfnissen des Betriebes für den Betrieb, oder für Gruppen von Arbeitnehmern Ueberstunden anzuordnen, und zwar pro Tag eine halbe bis eine Stunde. Die Arbeitnehmerorganisation verlangte in den neuen Verhandlungen, daß auch für die neuere Arbeitszeit mit dem Betriebsrat über die Notwendigkeit der Ueberstunden verhandelt werden müßte, da Arbeitgeber wie Arbeitnehmer gemeinsam zu entscheiden haben.

Die Arbeitgeber lehnten grundsätzlich ab, hier irgendwelche Zugeständnisse zu machen. Zweimal wurde wegen dieses Paktus verhandelt und nach wie vor beharrten die Unternehmer auf ihrem Herren-im-Hause-Standpunkt. Der Tarifvertrag läuft vertraglich am 1. April ab. Beide Kontrahenten haben aber in früheren Verhandlungen ein weiteres Abkommen abgeschlossen, aus dem hervorgeht, daß die Lohnwoche in der Berliner Metallindustrie immer mit der ersten Schicht am Montag beginnt. In Konsequenz dieses Beschlusses wurde vereinbart, daß alle Verträge, welche am Anfang oder in der Mitte der Lohnwoche ablaufen, bis zum Ende der Lohnwoche Gültigkeit haben. Infolgedessen hat auch der Rahmentarifvertrag noch Gültigkeit bis zum 5. April. Am 5. April fallen dann die Bestimmungen über die Arbeitszeit fort.

Aber eine sehr wichtige Bestimmung müssen die Berliner Metallarbeiter beachten, und zwar die Bestimmung über Urlaub. Diese besagt, wer am 1. Oktober in einem Betrieb beschäftigt war und am 1. April des folgenden Jahres das 20. Lebensjahr vollendet hat und sich an diesem Tage noch im Betrieb befindet, hat vom letzten Tage ab Anspruch auf Urlaub. Rühmlich haben alle Arbeiterinnen und Arbeiter, bei denen die Voraussetzungen des oben angeführten Satzes zutreffen, die während dieser Zeit sich ohne Unterbrechung in einem Betrieb befunden haben, ihren Urlaubsanspruch bei ihrem Arbeitgeber geltend zu machen. Die Urlaubsperiode beginnt mit dem 1. April.

Die Funktionäre sowie die Mitglieder, die einer Organisation angehören, die dem Metallkartell angeschlossen ist, werden aufgefordert, die Stellungnahme ihres Arbeitgebers in bezug auf Urlaub umgehend dem Deutschen Metallarbeiterverband mitzuteilen.

Mit Ablauf des Rahmentarifvertrages ist auch der Ablauf des Lohnvertrages verbunden, welcher für die Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen bestand. Der Arbeitgeberverband lehnt es ab, für diese Kategorie von Arbeitern einen besseren Tarifvertrag abzuschließen.

Dieser Konflikt wird noch gesteigert durch einen Streik der Kupferschmiede, soweit sie in den Betrieben des Verbandes Berliner Metallindustrieller beschäftigt sind. Auch hier lehnte der B.M.A. es ab, dieser Kategorie von Arbeitern irgendwelche Lohn-erhöhungen zu bewilligen.

Aus dem oben Gesagten können die Arbeiter der Berliner Metallindustrie ersehen, daß das Feuer unter der Oberfläche glimmt, sich immer mehr ausdehnt und in kürzester Zeit sich zu einem todernden Brande entfachen wird.

Berliner Metallarbeiter! Wollt ihr euch eine vernünftige Arbeitszeit, euren Anspruch auf Urlaub und einen ver-

nünftigen Lohn sichern, dann stärkt die Front der organisierten Metallarbeiter: hinein in den Deutschen Metallarbeiterverband! Nur dann wird es dem Verband Berliner Metallindustriellen nicht gelingen, euch alle Errungenschaften wieder zu entreißen.

Zum Tapeziererstreik.

Ein Rundschreiben der Scharfmacher.

Der Zentralstreikleitung der Tapezierer fiel ein Rundschreiben der Scharfmacher im Tapezierergewerbe vom 30. März in die Hände, das so recht den Geist dieser rückständigen Innungsorganisationen. Nach den verlogenen Behauptungen, daß die Arbeit in einer größeren Anzahl von Betrieben „bedingungslos unter den alten Lohn- und Arbeitsverhältnissen“ wieder aufgenommen und der ebenso phantastischen Behauptung von dem „prächtig offenbarten Solidaritätsgefühl der Arbeitgeberschaft“, wird auf die große Trommel geschlagen und von der „Gesundung der deutschen Wirtschaft“, einer „freudhaften Kraftprobe“, „Erhaltung der eigenen Existenz und Wahrung der Autokratie“ geschwafelt, um die wackelnde Unternehmerfront zu halten. Dann werden folgende Parolen ausgegeben:

1. Unterlassung aller Einzelverhandlungen mit den eigenen Arbeitnehmern. 2. Scharfe Ablehnung aller Forderungen auf Lohnerhöhungen und veränderter Arbeitsbedingungen. 3. Unterlassung von Neueinstellungen Arbeitswilliger aus fremden Betrieben. 4. Kollektive Hilfsleistung durch Uebernahme dringender Arbeiten. Vermittlungsstelle hierfür ist das Bureau der Tapezierer-Zwangsgewinnung Groß-Berlin.

Unterzeichnet ist dieses Anstiprodukt von den Obermeistern Holzamer, Ruch und Weniger und dem Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes Herrn Max Ball. Dazu schreibt uns die Generalstreikleitung:

Wir verwelfen auf die gestrige Notiz, welche zur Feststellung genügt, daß keine Unfertigkeit der Arbeiterorganisation besteht, sondern die starre Ablehnung jeder Verhandlung zur Anerkennung der Organisation zwingt. Zur Feststellung der Betriebe, wo unter alten Bedingungen die Arbeit aufgenommen worden ist, braucht keine Zeit verschwendet zu werden, da es keinen Betrieb gibt, wo die Arbeit aufgenommen wurde, außer einigen Kleinmeistern, die sich zu Streikbruch verleiten lassen, um ihre elende Lage etwas anzubessern. Die ungelerten Arbeiter in der Matrasenfabrikation haben schon so viel Schaden angerichtet, daß die Herren sich genötigt sahen, erneut ihren gelehrten Arbeitern um Arbeitsaufnahme zu schreiben. Mit Genugtuung nimmt die Streikleitung täglich Nachrichten der größeren Betriebe entgegen, in denen von den Unternehmern die baldige Beendigung des Streiks, an dem sie kein Interesse haben, gewünscht wird. Dies Ziel wird sofort erreicht, wenn die Arbeitgeber ihrer Kommission, die bisher sich geäußert hat, eine Verammlung einzuberufen, nachdrücklich verständlich machen, mit uns zu verhandeln.

Die Parolen der Scharfmacher zeigen übrigens, daß sie weder mit der Organisation noch mit Arbeitnehmern der Betriebe verhandeln wollen. Wo also die „fröhliche Kraftprobe“ steht, ist handgreiflich.

Streik der Maßschuhmacher.

Die Berliner Maßschuhmacher stellten an ihre Arbeitgeber die Forderung, die im bisherigen Tarifvertrag vorgesehenen Stückzeiten so zu erhöhen, daß sie im Einklang stehen mit der tatsächlich aufgewendeten Arbeitszeit der einzelnen Städarbeiten; ferner den Stundenlohn für männliche Arbeiter von 89% auf 115 Pf. zu erhöhen. In drei Verhandlungen machten die Arbeitgeber keinerlei Angebote. Auf Anrufung des Schlichtungsausschusses fällt dieser am 30. März einen Schiedspruch, wonach der bisherige Tarifvertrag unverändert ein Jahr weiter bestehen und der Stundenlohn für die Zeit vom 30. März bis 27. Juni auf 97 Pf. erhöht werden soll. Diesen Schiedspruch lehnten die Maßschuhmacher in ihrer Versammlung am 31. März ab, da die Höhe des Lohnes ungenügend und die Dauer des Zufuhrvertrages zu lang ist. Die Versammlung beschloß, an den alten Forderungen festzuhalten und am 1. April in allen Betrieben in den Streik zu treten. Den Arbeitern, die bei Meistern beschäftigt sind, welche nicht dem Verein Berliner Maßschuhmachermeister angehören, ist die Weiterarbeit gestattet, wenn der Arbeitgeber unter schriftlich anerkennend, daß er vorbehaltlos den geforderten Stundenlohn von 115 Pf. anerkennt unter Berechnung der bisherigen Stückzeit.

Der Streik hat gestern in vollem Umfange eingesetzt. Sofern noch einzelne Heimarbeiter sich in ihren zuständigen Streiklokalen

nicht gemeldet haben, hat dies unweigerlich zu erfolgen. Auskunft über alle Fragen erteilt das Bureau des Zentralverbandes der Schuhmacher, Engelufer 24.

Beilegung des bayerischen Holzarbeiterkampfes.

München, 1. April. (Eigener Drahtbericht.) Die Lohnstreitigkeiten im bayerischen Holzgewerbe sind durch Vermittlung des Landesschlichters beigelegt worden. Er unterbreitete den Parteien einen Vorschlag, der durch die Annahme sämtlicher Vertragsparteien rechtskräftig ist. Der Durchschnittslohn des Facharbeiters über 22 Jahre beträgt jetzt in Ortsklasse II ab 20. März 78 Pf., ab 25. April 82 Pf. Die Sonderzulage für München von 4 Pf. pro Stunde bleibt bestehen. Diese Lohnregelung gilt bis zum 22. Mai. Die Arbeit ist in sämtlichen bestrittenen Betrieben Bayerns wieder aufgenommen worden.

Einigung in der Seeschifffahrt.

Bremen, 1. April. (M.B.) Der von der Schlichtungskommission unter dem Vorsitz des vom Reichsarbeitsministerium gestellten Schlichters Dr. Böckers-Bremen am 28. März in Hamburg gefällte Schiedspruch ist von den Parteien angenommen worden. Danach wird die Heuer für den Vollmatrosen von 84 auf 89 M. monatlich erhöht. Die Heuer für die Schiffsoffiziere und Mannschaften werden entsprechend erhöht.

Lohnstreit in der Rheinschifffahrt.

Duisburg, 1. April. (Eigener Drahtbericht.) Die Arbeitnehmer in der Rheinschifffahrt haben zum 1. April den Tarif gekündigt und zahlreiche zum Teil weitgehende Forderungen, dabei u. a. auch eine 20 prozentige Lohnerhöhung gefordert. Von Arbeitgeberseite sind die Forderungen mit Rücksicht auf die schwierige Lage der Rheinschifffahrt abgelehnt worden. Die Arbeitgeber beauftragten die Verlängerung des gesamten, jetzt gültigen Tarifs, auf ein volles Jahr. — In den hiesigen Hafenbetrieben wurde in der vergangenen Woche ein Schiedspruch des Schlichtungsausschusses gefällig, der eine 8 prozentige Lohnerhöhung vorsah. Dieser Schiedspruch ist jetzt von den Arbeitgebern ebenfalls abgelehnt worden.

Lohnverhandlungen im oberschlesischen Bergbau.

Wie der „Industriecurier“ meldet, sind die Verhandlungen im oberschlesischen Bergbau über die von den Bergarbeitern geforderte 20prozentige Lohnerhöhung gescheitert. Die Arbeitnehmervertreter werden das Schiedsgericht anrufen.

Betriebsratswahl in der Akkumulatorenfabrik Oberhönoweide.

Trotz der vielen Neueinstellungen von „nationalgefeimten“ Arbeitskräften, errangen die freien Gewerkschaften einen glänzenden Sieg. Die Liste der freien Gewerkschaften, die im Vorjahr 478 Stimmen erhielt, erhielt 770 Stimmen und erhält 9 Sitze im Arbeiterrat. Die sogenannten „Vaterländischen“ bekamen trotz aller Lügen und Verleumdungen, die sie gegen die Gewerkschaftler in Umlauf brachten, nur 217 Stimmen und zwei Sitze. Bei den Angestellten wurde nur eine völlsch-deutsche nationale Liste aufgestellt, weil durch den Terror gegen die freibeitlich gestimmten Angestellten es keiner wagte, auf einer freigewerkschaftlichen Liste zu kandidieren.

Karl Jaynski, Petersburger Straße 47.

Zu der heute, Donnerstag, den 2. April, stattfindenden Betriebsratswahl haben sämtliche franke Kollegen zu erscheinen. Stimmabgabe dringend erforderlich.

Die Lohnstreitigkeiten im bayerischen Braugewerbe

wurde durch Vermittlung des Landesschlichters für Bayern rechts des Rheins beigelegt. Die Arbeit ist in sämtlichen bestrittenen Betrieben Bayerns wieder aufgenommen worden.

Deutscher Werkmännerverband, Ortsverein Neudorf 1. Die Monatsversammlung findet Freitag 8 Uhr in den Schloss-Festhallen, Bergstr. 131-133, statt. Vorschlagsbeitrag: „Amerika und wir“. Die Damen der besten Reihen sind herzlich willkommen.

Verantwortlich für Inhalt: Carl Reuter; Wirtschaft: Arthur Gatermann; Gewerkschaftsbewegung: J. Strümer; Neulisten: Dr. John Schittowski; Politik und Sonstiges: Felix Reuß; Anzeigen: H. Köder; Familien in Berlin: Berlin; Betriebs-Bericht: G. m. B. Berlin; Druck: Hermann-Broschendorf; Verlagsanstalt: Carl Reuter u. Co., Berlin; EM 66; Buchstabe 2; Stern 2; Wellen, „Unterhaltung und Wissen“ und „Traumkammer“.

Sophien-Säle Sophienstraße 17-18
Norden 9295 • Norden 12643 **Säle frei!**

A. Wertheim

Leipziger Str. Königstr. Rosenthaler Str. Moritzplatz

Backartikel

Weizenmehl Pfund 21 Pf.
Weizenmehl I Pfund 25 Pf.
Amerikanisch. Mehl Pfund 28 Pf.
Auszugmehl feinst., halbr., Pf. 30 Pf.
Auszugmehl feinst., grifflig, Pf. 32 Pf.
Auszugmehl extraf., griffl., Pf. 35 Pf.
Maispuder Pfund 25 Pf.
Weizenpuder Pfund 48 Pf.
Kartoffelmehl Pfund 25 Pf.
Mandeln süß u. bitter. Pfund 250 320
Orangeat Pfund 160
Zitronat Pfund 360
Sulfaninen Pfund 65 Pf. 72 Pf. 80 Pf.
Korinthen . . . Pfund 65 Pf. 78 Pf.
Rosinen Pfund 45 Pf. 60 Pf.
Mandelfersatz Mandelso Pf. 65 Pf.
Backpulver Beutel 8 Pf.

Hülsenfrüchte

Kleine Erbsen Pfund 17 Pf.
Viktoria-Erbsen Pf. 20, 25, 28 Pf.
Spalt-Erbsen gelb, Pfund 20, 28 Pf.
Grüne Erbsen . . . Pfund 22, 28 Pf.
Erbsen glasiert, gelb Pf. 28, 35, 42 Pf.
Linsen große Pfund 30 Pf.
Thüringer Linsen Pfund 48, 55 Pf.
Weiße Bohnen . . . Pfund 24, 27 Pf.

Margarine (Spezialmarke) . 1/2 Pfund-Paket 34 Pf.

Fische

Bratschollen Pfund 10 Pf.
Dorsche (Ostsee) Pfund 12 Pf.
Grüne Heringe Pfund 14 Pf.
Kabeljau Pfund 22 Pf.
Zander Pfund 90 Pf.
Karpfen lebende Pfund von 1⁰⁰/_{an}
Hechte lebende Pfund von 1⁰⁰/_{an}

Geflügel

Enten holländische Pfund 125
Brathühner feinste frische, Pfund 145
Suppenhühner feinste frische, Pf. 155
Rehkeulen Pfund 240
Gänsepökelkeulen ^{Pomm.} Pfund 95 Pf.

Wurstwaren

Defikateß-Sülze . . . Pfund 50 Pf.
Hausmacherleberwurst Pfund 116
Fleischwurst (Thüringer Art) Pf. 116
Jagdwurst Pfund 120
Mettwurst Westf. (grobe) . . Pfund 120
Brühwurst Pfund 125
Filetwurst Pfund 130
Fetter Speck } deutsche Ware Pf. 130
Magerer Speck }
Schinkenspeck Pfund 155
Salami-, Zervelatwurst ^{Hofst.} Pfund 160
Westf. Plockwurst . . . Pfund 170
Pommersche Teewurst Pfund 175
Nußschinken ca. 2 Pf. schwer, Pf. 175

Tafelbutter . . 1/2 Pfund-Paket 90 Pf. und 105

Billigste Lubnumittel

Donnerstag bis Sonnabend

Soweit Vorrat

Leicht verderbliche Artikel können nicht zugesandt werden

Räucherwaren

Bückinge große Pfund 28 Pf.
Sprotten (Ostsee) Pfund 38 Pf.
Schellfische Pfund 45 Pf.
Flundern Ahlbecker Pfund 48 Pf.
Sprotten Kiste 58 Pf.

Gemüse

Weißkohl dänischer . . . Pfund 7 Pf.
Wirsing- u. Rotkohl ^{Holländer} Pfund 15 Pf.
Schwarzwurzeln Pfund 20 Pf.
Porree Bund 20 Pf.
Zwiebeln neue Aegypten 2 Pfund 35 Pf.
Junger Spinat Pfund 35 Pf.
Junger Salat großer Kopf, Pf. 35 Pf.
Junge Radieschen gr. Bund 25 Pf.
Junger Rhabarber . . . Pfund 40 Pf.
Grüne Gurken . . . Stück von 90 ^{an}/_{an}
Blumenkohl Kopf von 35 ^{an}/_{an}

Käse

Camembert (Normandie) Schachtel 24 Pf.
Camembert ^{vollfett} Schachtel 26 u. 38 Pf.
Gouda dänischer Pfund 68 Pf.
Stangenlimburger ^{Alte} Pfund 70 Pf.
Emmenthaler o. Rinde, Schacht. 80 Pf.
Tilsiter Pfund 80 u. 95 Pf.
Steppenkäse Pfund 90 Pf.
Edamer Pfund 90 Pf. u. 105
Steinbuscher . . . Pfund 85 Pf. u. 125

Frisches Fleisch

Kaibskamm u. Brust ^{Pia.} 60 Pf.
Kaibrücken Pfund 70 Pf.
Kaibskeule ^{ganz und gefüllt} Pfund 80 Pf.
Hammelvorderfleisch 70 Pf.
Hammelrücken . . . Pfund 75 Pf.
Schweinebauch ^{mit Beilage} Pfund 80 Pf.
Schweinerücken ^{und Diale} Pfund 85 Pf.
Schweineschinken Pfund 90 Pf.
Liesen Pfund 80 Pf.
Gehacktes Fleisch Pfund 65 Pf.

Primalettes Ochsenfleisch ^{getrockn.}
Rinderkamm u. Brust ^{Pia.} 58 Pf.
Rinderherzen Pfund 32 Pf.

Obst und Südfrüchte

Blut-Äpfelinen ^{Dtz.} 55, 75, 95 Pf.
Zitronen Dtz. 40 Pf.
Italienische Feigen . Pfund 25 Pf.
Boskoop Reinetten . Pfund 35 Pf.

Oster-Artikel

Dessert-, Marzipan- u. Schokoladen-Eier und Hasen, Konfitüren in reizend. Osterpackungen in allen Preislagen!

Proteste gegen die erhöhte Aprilmiete.

Wie wir bereits mitgeteilt haben, ist die gesetzliche Miete für April d. J. gegenüber der Miete für die Monate Oktober 1924 bis März 1925 um nicht weniger als 10 Proz. (von 66 auf 76 Proz.) erhöht worden. An dem Abzug von 4 Proz. für die Fälle, in denen der Mieter die sogenannten Schönheitsreparaturen übernommen hat, ist nichts geändert worden. Die so plötzlich eingetretene starke Mieterhöhung hat die Mieterkassiererei um so unangenehmer überrascht, als die Bekanntgabe erst wenige Tage vor dem Zahlungstermin erfolgte, so daß sich viele Mieter gar nicht auf die erhöhte Zahlung einrichten konnten. Besonders hart werden von der Mieterhöhung die ärmsten Bevölkerungsschichten betroffen, die schon ohnehin die Miete kaum noch aufbringen konnten. Zahlreiche Sozialrentner, Kleinrentner, Kriegsbeschädigte, Kriegsheimkehrer, Arbeitslose usw. haben ohnehin die größte Mühe, neben den laufenden Mietzinsen noch die aufgelaufenen Rückstände zu tilgen. Viele dieser Kernfamilien sehen jetzt jede Aussicht schwinden, vor der Ermittlung bewahrt zu werden, wenn nicht noch der Reichstag Einsicht genug hat, den sozialdemokratischen Antrag anzunehmen, der einen Teil der Hauszinssteuer zu Mietbeihilfen für zahlungschwache und zahlungsunfähige Mieter verwendet wissen will.

Erregung der Mieter.

Zur Beruhigung der Mieter hat der Amtliche Preßdienst eine Begründung der Mieterhöhung verbreitet, die durchaus nicht geeignet ist, diese Wirkung auszulösen und die auch von der Leitung des Reichsbundes deutscher Mieter nicht als stichhaltig angesehen wird. Zunächst wird amtlich mitgeteilt, daß 4 Proz. der Mieterhöhung im Wege der Erhöhung der Hauszinssteuer von 600 auf 700 Proz. der Grundvermögenssteuer weggesteuert werden sollen, damit sie dem so dringenden nötigen Wohnungsneubau zugeführt werden sollen. Nun hat aber der Vermieter nicht etwa die 4 Proz. der Friedensmiete an Hauszinssteuer mehr zu zahlen, sondern da die Hauszinssteuer auf der Grundvermögenssteuer aufgebaut ist und diese wieder nach dem Nutzungswert des Grundstücks veranlagt wird, so verbleiben dem Vermieter vielfach allein aus der Hauszinssteuer erhebliche Ueberschüsse, die sich nach der Steigerung der Hauszinssteuer auf 26 bis 28 Proz. der Friedensmiete in der gesetzlichen Miete bis auf 5 bis 10 Proz. der Friedensmiete belaufen. Bei der großen Wohnungsnot einerseits, die eine restlose Verwendung der für Hauszinssteuer von den Mietern gezahlten Beträge für den Wohnungsneubau erfordert, und bei der großen Notlage der Mieter andererseits, die durch die steigende Teuerung der Lebenshaltung noch verschärft wird, ist es unerträglich, daß ein Teil der Hauszinssteuer als Zwischengewinn in den Händen der Hausbesitzer verbleibt.

Noch nicht die Hälfte für Neubauzwecke.

Außerdem ist es unrichtig, daß die Hauszinssteuer zur Befriedigung der Neubautätigkeit erhöht werden mußte. Richtig ist vielmehr, daß der größte Teil der Hauszinssteuer bisher nicht zu Neubauzwecken, sondern zur Balanzierung des Haushalts des Staates und der Länder verwendet wurde. Nicht einmal die Hälfte des Aufkommens an Hauszinssteuer ist in Preußen dem Neubau zugeführt worden. Solange also große Reserven der Hauszinssteuer für fiskalische Zwecke verwendet werden, und zwar nur, um den Besitz und die steuerkräftigeren Volksteile vor weiteren Belastungen zu schonen, solange muß eine Erhöhung der Hauszinssteuer von der Mieterkassiererei, mindestens von den breiten Massen der erwerbstätigen Bevölkerung, abgelehnt werden. Nicht vergessen darf dabei werden, daß der damalige Reichsfinanzminister, jenseitige Reichsanwalt Dr. Buther, der gemalte Erfinder der unsozialen aller Steuern, der Mietzinssteuer, es mit Hilfe dieser die arbeitende Bevölkerung außerordentlich schwer belastenden Steuer verstanden hat, im Reichshaushalt für 1924 einen Ueberschuß von rund 2 Milliarden Goldmark zu erzielen, der die Zahlung des Gehaltens von 715 Goldmillionen an die — Ruhrindustrie ermöglicht hat. Unter diesen Umständen muß nicht nur die Notwendigkeit einer Erhöhung der Hauszinssteuer, sondern sogar ihre Berechtigung überhaupt bestritten werden. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat dementsprechend die nötige Befestigung der Hauszins-

steuer (richtiger: Mietzinssteuer) und ihre Erlegung durch eine sozialgestaltete Wohnungsbaubehörde gefordert, von welcher die zahlungschwachen Mieter freigelassen werden sollen und deren Ertrag restlos dem Wohnungsneubau zugeführt werden soll.

Die amtliche Begründung erklärt dann weiter, daß die 6 Proz. Reihmiete, die der Hausbesitzer für sich erhalte, notwendig seien, wegen der am 1. Januar 1925 durch die Aufwertung der Hypotheken erfolgten teilweisen Wiederherstellung des

Zinsendienstes

und wegen der Notwendigkeit umfangreicher Reparaturen, für welche die jetzige Miete nicht ausreicht. Auch diese beiden Begründungen werden vom Reichsbund deutscher Mieter nicht als stichhaltig angesehen. Der weitaus größte Teil der Hypotheken wird durch die Dritte Steuernotverordnung überhaupt nicht ausgewertet, weil das Forderungsrecht der Hypothekengläubiger am 1. Januar 1924 nicht mehr bestand, sondern die in Papiermark zurückgezahlte Hypothek im Grundbuch bereits gelöscht war. Wo aber Hypothekenzinsen wieder zu zahlen sind, da wird dem Hausbesitzer die Hauszinssteuer um die Zinsbeträge ermäßigt. Es war also vollkommen überflüssig und bedeutet ein glattes Geschenk an den Hausbesitzer, wenn ihm wegen des geringfügigen und anderweit bereits gedeckten Wiederauflebens der Zinsverpflichtungen eine höhere Miete bewilligt wird. — Nicht viel anders verhält es sich mit den

Reparaturen.

Die fortgesetzten Steigerungen des Reparaturanteils, der in der Miete enthalten ist, haben bisher die säumigen Hausbesitzer keineswegs veranlaßt, die notwendigen Reparaturen auszuführen, und so wird es auch in Zukunft bleiben. Das wichtige (wenn auch unrichtige, aber erfolgreiche) Argument, daß infolge der Niedrighaltung der Miete Häuser und Wohnungen verfallen mühten, läßt sich der Hausbesitzer nicht nehmen. Er unterläßt deswegen geistlich die Reparaturen, um damit der Regierung zu beweisen, daß die verhasste Mieterhöhung gefehlt haben müsse. Die glatte Sabotage dieser Gelegenheit durch den Hausbesitzer wird eben leider heutzutage von den zuständigen Behörden nicht gebrochen, sondern man weicht vor dem aufgebregenden Hausbesitzer immer mehr zurück. Offenbar müssen hier die Mieter unter Führung ihrer Organisation mit anderen Mitteln als bisher eingreifen.

Ganz spontan hat die Protestbewegung der Mieter eingeleitet. Schon am 30. März, unmittelbar nach der Bekanntgabe der neuen Verordnung, hat der Mieterbund Mariendorf in einer Mitgliederversammlung eine Protestentscheidung gefaßt, am 31. März hat sich eine Vertreterversammlung des Berliner Mieterbundes diesem Vorgehen angeschlossen. Der Vorstand des Reichsbundes deutscher Mieter tritt am 4. April in Berlin zusammen und wird gleichfalls zu der neuen Sachlage Stellung nehmen. Die Tatsache, daß die Hausrente jetzt über den Betrag von 1914 hinaus erhöht worden ist, wird bei den Beschlussfassungen gebührend berücksichtigt werden.

Protest der Delegierten der Mietervereine.

Die zum Verbandstag am 31. März im Alten Kstanier versammelten Delegierten der Mietervereine Groß-Berlins protestierten nachdrücklich gegen die ab 1. April verfügte Erhöhung der gesetzlichen Miete um 10 Proz. Die darin enthaltenen 4 Proz. für den Wohnungsbau können aus der jetzigen Hauszinssteuer entnommen werden, wenn der Anteil für den allgemeinen Finanzbedarf um diesen Betrag gekürzt wird, wie das seit jeher von uns gefordert worden ist. Die 6 Proz. als Entgelt für die Zinszahlung der ausgewerteten Hypotheken für den Hauseigentümer sind ebenso unberechtigt, da die Hauszinssteuer bekanntlich um den Betrag der Hypothekenzinsen gekürzt wird. Der Hausbesitzer erhält diese Beträge also vom 1. April ab doppelt. Für Reparaturen aber werden im Durchschnitt nicht einmal die heutigen Reparaturgeber verbraucht. So stellt sich denn diese Mietererhöhung als das dar, was sie wirklich ist: zu 4prozentiger Friedensmiete die unsozialste Belastung zu Steuerzwecken, um den Besitz und die hohen Einkommen zu schonen, zu 6 Proz. ein Geschenk an den rezessierenden Hausbesitzer, der außerdem auch noch

von den 4 Proz. Hauszinssteuer in den meisten Fällen einen Gewinn erzielt. Durch diese Verordnung werden die Mieter in Preußen (bei 3,3 Milliarden Mark Friedensmiete) mit jährlich 330 Millionen Mark mehr belastet, eine Belastung des Volkes, die früher die schwersten parlamentarischen Kämpfe ausgelöst hätte, augenblicklich aber einfach durch Beschlüsse des preussischen Kabinetts und des ständigen Ausschusses des Landtages dem Volk auferlegt wird, weil es sich um diese Dinge nicht hinreichend kümmert und wohlweislich zur rechten Zeit immer für wichtigere politische Dinge abgelenkt ist. Was aber das Schlimmste ist, eine Gefundung unseres Miet- und Wohnungswesens wird durch eine solche Politik, die nur an die Finanzen denkt, auch wenn der Mensch darunter leidet, geradezu aufs Schwerste gefährdet. Die Delegierten als Vertreter der Groß-Berliner Mieterkassiererei warnen die maßgebenden Behörden, den eingeschlagenen Weg weiter zu gehen und die Mieter, die heute schon vielfach nicht wissen, wie sie die Mittel für die künftige Mietzahlung beschaffen sollen, die ohnehin schon auf ein Minimum herabgedrückte Lebenshaltung noch weiter einzuschränken und so Leben und Gesundheit ihrer Angehörigen zu gefährden, zur Verzweiflung zu treiben.

Zion im Völkerbund.

Entdeckungen des Grafen Reventlow.

Wohin ist der Rationalsozialismus gekommen! Konnte man früher die verschwommenen Theorien der völkischen Erneuerung als Phantasien, unreife Psychopathen oder spekulierende Börsartige bezeichnen, so ist man im Völkizismus heute auf dem Standpunkt angelangt, wo das Wundervollste zum Absoluten, die Idiotie zum Programm wird. Sie sind Narren geworden, die teutonischen Barden um Graefe und Wulle und je grotesker sie sich gebärden, je possenhafter sie unsinnige Formulierungen einer zusammenschmelzenden Publizistik als gegebenes vorschwindeln, desto klarer kristallisiert sich eines für den Aufmerksamen heraus: Die Verschiebung der völkischen Bewegung vom politischen auf das psychiatrische Gleis. Diese Bismarckfeier einer Protestkundgebung gegen Sicherheitspakt und Völkerbund, den die Berliner Völkischen im Kriegervereinshaus in der Chausseestraße veranstalteten, war eine Angelegenheit unbändigen Gelächters, eine Clownerie von zwerchfellerschütterndem Ausmaß, für die die Herren Rube und Reventlow verantwortlich zeichneten.

Natürlich war die übliche schwarzweißrote Siegerkranzdekoration mit schmetternden Fanfaren aufgestellt. Nur modernste die bekantesten Kuffen bedeckend, die Schmierentheatertruppe hatte wirklich Reinfadensform. Als der rasigegeprüfte Oberlehrer Rube die alten Bismarckreden zu rezitieren begann, löste sich die so stürmisch begonnene staatliche Neugeburt in woblätigen Schnarchen aus, und während sich der brave Rube am Rednerpult die arischen Besänge aus dem Hals redete, absolierte seine Hörerschaft gefächelt die erste Kunde des üblichen Nachschlafes. Kein Wunder, daß der Beifall zum Schluß sehr stürmisch war. Der nur dürftig gefüllte Saal war mit einigen schwarzweißroten Fahnen „verziert“, denen der Wottenrost bildlich und tatsächlich aus allen Röhren sah. Kurz nach acht Uhr begann die Kapelle des Herrn Robert Kayttain (ein bedenklich arisch komponierter Name!) ihre Stahthornwelle aus den Blechen zu lassen. Das animierte Publikum sang höchlich mit oder half mit sämtlichen ihm zur Verfügung stehenden Gliedmaßen den Takt zu den patriotischen Gesängen schlagen. Dann traten die Gesamtamfistruppen ein, wackere Knaben mit 20 Fahnen, auf jeden dritten Mann ein monarchistisches Laten. Dann hielt das R. R. Herr Graf E. zu Reventlow eine „Protestrede“, die von geradezu grotesker Unlogik war. Der erste Satz schlug dem zweiten ins Gesicht und so ging es im melodramatischen Korrespondenz mit einem Unfug, von einer Inkonsequenz in die andere. Eine Rede, würdig, die besten Nummern unserer Wühlblattgazetten zu zieren. Einige Kraftstreifen aus dieser Revue der Konfessionen: (Stark ironisch.) Stresemann ist einer der „größten“ Männer Deutschlands. Er hat uns den Silberstreifen der Dames-Perfektion gebracht. (Stürmische Pfuirufe.) Wir müssen heraus aus dem Erfüllungsriffim! Der Sicherheitspakt ist ein Verkauf der deutschen Volksseele. (Die deutsche Bierseele will keine Sicherheit. Die will fochen. Der Bericht-erklärer.) Der Völkerbund ist eine süßliche Institution. Ich kann Ihnen das beweisen! Hören Sie (große Spannung): Ein Offener Rabbiner hat kürzlich geschrieben (Pfuirufe): Der Völkerbund sei der erste Schritt zum Berge von Zion. (Siehe Jesaja: Und sie werden ihre Schwerter umwandeln in Pflugscharen... (!) Große Empörung, Rufe: So eine Gemeinheit!)

Anthony John.

Roman von Jerome K. Jerome.

Am folgenden Nachmittag jedoch sah er auf dem Heimweg voller Freude, daß Penlove und Mowbray, die die vierte Klasse besuchten, in einen kleinen Hain einbogen, der zu einem Badeplatz führte.

Penlove war der Knabe, der Anthonys Mutter eine Scheuerfrau genannt hatte. Der junge Mowbray gehörte den „vornehmen“ Kreisen an, sein Vater war einer der ersten Rechtsanwältle von Willsborough; er war ein stiller freundlicher Bursche mit sanften Augen und roßigen Wangen. Anthonys folgte den beiden. Als sie den Saum des Hains erreicht hatten, begann er zu laufen und holte sie ein. Es war kein guter Tag zum Baden; ein kalter Ostwind wehte und die drei waren allein. Die Knaben vernahmen hinter sich Schritte, wandten sich um.

„Kommst du mit schwimmen?“ fragte der junge Mowbray freundlich.

„Heute nicht“, entgegnete Anthony. „Ich möchte mit Penlove reden. Es wird nicht lange dauern.“

Penlove blickte ihn erstaunt an. Anthony war größer, als er vor den Ferien gewesen. „Was gib's?“ erkundigte er sich.

„Am vorigen Schulfahr nannte ich zu meine Mutter eine Scheuerfrau.“ sprach Anthony. „Sie übernimmt tatsächlich Scheuerarbeit, wenn sie keine andere Beschäftigung hat und ich bewundere sie deshalb. Sie tut es nur meinetwegen. Du aber wolltest sie beschimpfen, nicht wahr?“

„Und wenn dies meine Absicht gewesen wäre?“ Der junge Penlove ahnte, was kommen würde. Aber trotz der zwei Jahre Unterschied zu seinen Gunsten war er des Ausgangs nicht gewiß.

„Du sollst sagen, daß es dir leid tut und daß du es nie mehr tun wirst“, sprach Anthony.

Es blieb nichts anderes übrig: der junge Penlove gürtete seine Lenden, das heißt, er zog den Gürtel um eiliche Bänder zusammen. Der junge Mowbray stellte sich ans andere Ende des Haines, um Wache zu halten. Es war ein kurzer Kampf, sehr zur Erleichterung des jungen Mowbray, dem derartige Dinge immer den Magen umdrehten. Penlove war von allem Anfang an geschlagen. Nach der dritten Runde hob er die Hand und erklärte sich für besiegt. Anthony half ihm auf die Beine, lehnte ihn, da er bemerkte, daß es ihn schwindle, gegen einen Baum.

„Du brauchst nicht zu sagen, daß es dir leid tut“, sprach er. „Nur laß künftighin mich und meine Mutter in Ruhe. Mehr verlange ich nicht.“ Er streckte ihm die Hand hin. Der junge Mowbray war hinzugetreten. „Gib ihm die Hand“, rief er Penlove. „Du warst im Unrecht. Zeig deinen Mut, indem du es zugibst.“

Penlove schüttelte Anthony die Hand. „Es tut mir leid. Wir haben uns abscheulich gegen dich benommen. Laß dir nichts mehr gefallen.“

Die Geschichte des Kampfes wurde allgemein bekannt. Penlove mußte für sein entstelltes Aeußere eine Erklärung geben und tat dies völlig wahrheitsgetreu. Er empfand für Anthony ehrliche Achtung. Und dieses Gefühl wurde von der ganzen dritten Klasse geteilt, einzig und allein die Wahl des Ortes und der Zeit wurde Anthony verübelt. Der Kampf hätte dem alten Brauch gemäß an einem Freitag Nachmittag hinter dem Pavillon stattfinden sollen. Aber dieser Fehler konnte und mußte gutgemacht werden. Penlove hatte vielleicht Anthonys Leistung übertrieben geschildert, um die eigene Niederlage zu entschuldigen. Norcop, ein kräftiger Junge und der Stolz der Unterquarta würde möglicherweise anderer Ansicht sein. Zwei Tage später wurde Anthony auf dem Heimweg vom jungen Mowbray eingeholt.

„Du wirst am übernächsten Freitag gegen Norcop kämpfen müssen“, teilte er Anthony mit. „Geht es dir, ihn zu besiegen, so ist alles in Ordnung und man wird dich in Ruhe lassen. Ich wollte dich rechtzeitig davon benachrichtigen.“

Mowbray lebte in der „Priory“, einem alten georgianischen, von einem großen Garten umgebenen Haus am anderen Ende der Stadt. Er hatte, um Anthony zu sprechen, einen großen Umweg gemacht.

„Es ist sehr freundlich von dir“, sagte Anthony.

„Ich hoffe, daß du Sieger bleibst“, sprach Mowbray.

„Ich bin Sozialist. Halte Klassenunterschiede für einen Unsinn. Ich finde, daß alle Menschen gleich sind, und auch meine Schwester ist dieser Ansicht.“

Anthony hörte nicht recht zu. Sein Geist war mit dem kommenden Kampf beschäftigt.

„Harry Norcop ist ziemlich gut, nicht wahr?“ fragte er.

„Ja, deshalb wählten sie ihn. Das Ganze ist ein Blödsinn. Auf diese Art regeln Wölfe ihre Angelegenheiten. Und alle wenden sich von dem Wolfe ab, der am Boden liegt, machen die Sache noch ärger für den armen Kerl. Wir sind nicht um ein Haar besser. Wirst du am Freitag geschlagen, so werden sie dich ärger verfolgen denn ja. Das Ganze ist völlig sinnlos.“

Anthony schaute ihn an; derartige Reden hatte er noch nie gehört. Der junge Mowbray erröte. „Ich möchte wissen, ob wir Freunde werden könnten“, fragte er. „Ich kann dich gut leiden; was du Penlove über deine Mutter sagtest und daß du sie bewunderst, gefiel mir. Ich habe unter den Knaben keinen Freund. Sie halten mich für einen langweiligen Narren.“

„Das tue ich nicht“, entgegnete Anthony. „Ich finde dich sehr interessant. Und wäre fürchtbar gern dein Freund.“

Mowbray erröte abermals, diesmal vor Freude. „Ich will dich nicht länger aufhalten. Hoffe, daß du siegen wirst.“

Anthony überließ dem Zufall stets so wenig wie möglich. Während der folgenden Woche verbrachte er seine ganze freie Zeit in Herrn Dobbs Gesellschaft, der ihm gegenüber nicht nur die Pflichten des Lehrers, sondern auch des Trainers übernahm. Am folgenden Freitag betrat Anthony mit einem Gefühl freudiger Erwartung den Ring.

„Du darfst keinen Zorn empfinden“, hatte ihm Herr Dobbs als letzten Rat mitgegeben. „Nichts benimmt einem so sehr den Atem, wie Zorn. Geh los, als liebtest du deinen Gegner und kämpfste für die Ehre Gottes.“

Später erklärte der Chor der öffentlichen Meinung, es sei ein schöner Kampf gewesen, Norcop hätte sein möglichstes getan, er sei nicht zu tadeln. Strong'nth'arm aber sei für seine Jahre und sein Gewicht der beste Boxer, den die Schule von St. Udys seit Menschengedenken hervorgebracht habe. Die Klassenordner schüttelten Anthony die Hand, die süngenden Schüler umringten ihn, suchten seine Günst zu gewinnen. Von einem Ausgestoßenen verwandelt er sich im Verlauf einer halben Stunde in den Führer seiner Klasse. Eine seltsame Art, Ehren und Zuneigung zu erringen. Anthony merkte sich dies.

Das Prinzip, daß man niemals Kräfte sparen dürfte, befolgte er auch bei den Spielen. Er tauschte den Unterricht im Fußball und Cricket gegen Bogenschießen. Cricket liebte er nicht, man war dabei allzu sehr von anderen abhängig. Aber Fußball gefiel ihm; das Mandrieren, die Finten, das scheinbare Nachgeben vor dem plötzlichen Ansturm behagten ihm. Er liebte über alles das wilde Gekümmel, da er sich gehen lassen und alle Kraft ausgeben konnte. Doch spielte er nicht um des Spielens willen. Der Sport bedeutete für ihn den kürzesten Weg zur Beliebtheit. Hier gab es keine Klassenunterschiede. Man schloß mit Beuten Freundschaft, die einem später von Nutzen sein konnten. Man weiß ja nie.

(Fortsetzung folgt.)

Die Grundschule abgebaut.

Die Reaktion gegen die Volksschule.

Präsident Cöbe eröffnete die gestrige Reichstags-Sitzung mit folgender Ansprache: Die erschütternde Nachricht von dem furchtbaren Unglücksfall, der so viele Angehörige der deutschen Reichswehr betroffen hat, hat sich leider bewahrheitet. Über 70 Personen sind bei der Ausführung ihrer Lebensaufgaben mit ihrem Offizier in den Fluten der Weser ertrunken, und es besteht geringe Hoffnung, daß von den 78 Vermissten noch jemand gerettet werden könnte. Mit der Reichswehr trauert die deutsche Volksovertretung um die vielen noch so jungen Opfer ihres Soldatenberufs und spricht den Angehörigen, den Kameraden und der Heeresleitung ihre tiefe Teilnahme aus. (Das Haus hat sich von den Plätzen erhoben.)

Reichswehrminister Dr. Gehler dankt dem Präsidenten für den Ausdruck der Teilnahme und ebenso dem Reichstag, der sich dieser Teilnahme angeschlossen habe. Die Katastrophe an der Weser stehe beispiellos da, vor allem durch die Zahl der Opfer. Er sei noch nicht in der Lage, heute eine verantwortliche Erklärung über die Ursachen des Unglücks abzugeben, die erst festgestellt werden müßten durch eine Untersuchung, zu der er den Chef des Pionierwesens abgeordnet habe, und dann aber auch durch eine gerichtliche Untersuchung. Der Minister bringt dann einen vorläufigen Bericht über die Katastrophe zur Kenntnis und teilt mit, daß wahrscheinlich ein Offizier und 78 Mann ertrunken seien. Die Aussicht auf Rettung sei gering. Verflärkt werde die Trauer noch durch einen neuen Unfall, der sich gestern bei der Marine ereignet habe, wobei 2 Helzer und 2 Arbeiter ihr Leben einbüßten haben und ebenfalls Personen verunglückt sind. Der Minister stellt auch hierüber einen baldigen amtlichen Bericht in Aussicht.

Präsident Cöbe dankt dem Hause für die Trauerkundgebung. Auf der Tagesordnung steht dann der Bericht des Geschäftsausschusses über die Anträge des Landgerichts Magdeburg auf Erteilung der Genehmigung zur Vernehmung mehrerer Reichstagsabgeordneter im Rothardt-Prozess. Der Beschluß des Reichstags ist an anderer Stelle verzeichnet.

Darauf wird die zweite Lesung des Gesetzentwurfs, betr. den Lehrgang der Grundschule, fortgesetzt.

Abg. Seiffert (D.D. Vereinig.) hält es für erforderlich, daß die besserbegabten Schüler die Schule in einem kürzeren Zeitraum durchlaufen.

Abg. Fleißner (Soz.):

Die zu diesem Gesetzentwurf eingebrachten Anträge haben die Absicht, das Grundschulgesetz zu verschlechtern. Es wird zwar der Ansicht zu erwecken versucht, daß es sich um harmlose Verbesserungen des Prinzips handelt und daß eine Gefahr für die Grundschule durch diese Vorbehalte nicht bestehe. Wir müssen uns dabei vergegenwärtigen, welche Mängel ursprünglich bestanden haben. Deutschnationale und Deutsche Volkspartei hatten dem Ausschuss einen gleichlautenden Antrag übermitteln in der Absicht, viel weiter zu gehen, als die Vorlage zum Ausdruck bringt. Dieser Antrag bedeutet eine glatte Durchbrechung der wichtigsten Bestimmungen über die Grundschule. Ich kann nicht annehmen, daß diese Absicht nicht mehr besteht. (Sehr wahr b. d. Soz.) Das Verbot dieser Absicht ist aber sehr wichtig, wenn es sich um die Durchführung der Ausnahmen handelt. In ihrer Wirkung würde sie eine völlige Verdrängung des Prinzips der Grundschule bedeuten. Es kommt dabei auch noch in Frage, was der jetzt gestellte Änderungsantrag verlangt, nämlich die wichtigste Bestimmung herauszunehmen, wonach die Zustimmung des Lehrers bei der Verkürzung der Schulzeit in der Grundschule nicht erforderlich ist, sondern daß er nur noch angehört werden soll. Das ist lediglich eine schöne Geste, die nichts zu bedeuten hat. Wenn die Lehrer nicht ausgeschlossen werden sollen, warum wird nicht der Beschluß des Ausschusses aufrecht erhalten, daß die Zustimmung des Lehrers erforderlich ist? Gerade diese Zustimmung ist außerordentlich wichtig, denn die Lehrer an der Grundschule müssen am besten wissen, welche Schüler schon nach 3 Jahren die Grundschule verlassen können. Ich muß deshalb dringend darum bitten, dieser Veränderung des Antrags auf keinen Fall zuzustimmen.

Würde sie angenommen, dann hätte die Rechte ihre Absicht erreicht.

Zur Beurteilung der Situation muß ich noch auf folgendes hinweisen. Bei der Schaffung des Grundschulgesetzes im Jahre 1920 herrschte vollständige Einigkeit darüber, daß keine Bestrebungen zugelassen werden sollen, wie sie jetzt in die Erscheinung treten. Es bestanden damals sogar weitestgehende Absichten, die Dauer der Grundschule nicht auf 4, sondern auf 6 Jahre zu benehmen. Damals war kein Verlangen auf eine kürzere Dauer zu verzeichnen, es bestand auch kein Wunsch nach einer Differenzierung. Der Abg. Runkel hat sich damals entschieden für die Grundschule eingesetzt und es geradezu als eine Entwürdigung bezeichnet, daß der Schulstoff auf 4 Jahre verteilt werde. Die jetzigen Versuche, das Grundschulgesetz zu ändern, sind auf

großen Widerspruch gerade bei den Lehrern

gestoßen. Es muß außerordentlich wundernehmen, daß hier ein Schiedsamt die Verschlechterungen untersucht. Es scheint, daß er für den Einfluß der Parteien mehr unterliegt, als dem der Pädagogen und Lehrer. Es ist kein Zweifel, daß jede einzelne Ausnahme am Wesen und am Prinzip der Grundschule rührt, daß sie die sozialen, ethischen und pädagogischen Grundgedanken des Gesetzes zu durchbrechen sucht. Die Grundschule ist die wichtigste Grundlage für die Weiterbildung zur Einheitschule. Aber vielleicht wollen Sie gerade das verhindern, um überhaupt das Prinzip der Grundschule zu erschüttern. Hier heißt es: wehrt den Anfängen! (Sehr wahr b. d. Soz.)

Gerade das 4. Schuljahr ist das wichtigste. Eigentlich besteht erst nach 6 Jahren die Möglichkeit, die wichtige Entscheidung für den weiteren Schulbesuch zu treffen. (Sehr wahr b. d. Soz.) Wir werden daher auch gegen jede wie immer geartete Verschlechterung des Grundschulgesetzes kämpfen. Wenn heute Bestrebungen im Gange sind, die auf eine Verdrängung der Grundschule hinauslaufen, so sind in der Hauptsache Standes- und Berufsinteressen die Ursache. (Sehr wahr b. d. Soz.) Ich weiß auf folgenden Vorgang hin. Schon seit Monaten liegt dem Ausschuss ein sog. Antrag vor, wonach die unbemittelten

Eltern befähigter Kinder aus allgemeinen Mitteln unterstützt werden sollen. Sie haben diesen Antrag im Ausschuss abgelehnt. (Hört! hört! b. d. Soz.) Wo bleibt hier Ihr soziales Empfinden? Sie haben heute Gelegenheit, unsern Antrag zuzustimmen, wir werden sehen, ob Sie es sich inzwischen anders überlegt haben. (Beifälliger Beifall b. d. Soz.)

Ministerialrat Dr. Kestner vom Preussischen Kultusministerium befragt eine Einigung in der Grundschulfrage. Man sollte weitere Beurlaubung von der Grundschule fernhalten, damit ihre fernere Entwicklung gesichert werde. Es sei auf die Dauer unerträglich, wenn die Grundschule alljährlich zu Ostern beurlaubt werde. Die Grundschule sei auf vier Jahre festgelegt und müsse auch so bleiben. Das Preussische Kultusministerium habe sich mit besonderer Liebe dieser Frage angenommen. Der Unterrichtsausschuss des Preussischen Landtags habe alle Anträge auf Schaffung von besonderen Begabtenklassen und auf Zulassung zu den mittleren und höheren Schulen nach dreijähriger Grundschule abgelehnt. (Hört! hört! links.) Besondere Einrichtungen zugunsten begabter Schüler seien allgemein nicht möglich. Der Redner erhebt Bedenken gegen die von den Regierungsparteien des Reichstags beabsichtigte Regelung der Grundschule.

Abg. Neubauer (Komm.) fordert u. a. Unentgeltlichkeit der Schulausmittel.

Frau Pfälz (Soz.):

Die Erfahrungen der Lehrer und auch meine eigenen gehen dahin, daß die Entscheidung über die weitere Schulbildung nach vier Jahren Schulbesuch eigentlich unmöglich ist. Sie wollen eine Ausnahme unter den Kindern vornehmen, das muß aber für das Volk die schwersten Folgen haben. Ist nicht die Kluft zwischen Hand- und Geistesarbeitern ohnehin schon groß genug? (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Diese Scheidung wirkt schon jetzt so verberlich für unser Volk, daß jeder, der mit dem Volk fühlt, sie nicht mitmachen kann. Auch nach 6 Jahren gemeinsamen Unterrichts für die Scheidung noch verfrüht. Wir sind gern bereit, am Aufbau der Schule mitzuarbeiten, um dem ganzen Volke Gelegenheit zu geben, nach 8 bis 9 Jahren Schulbesuch sich über die weitere Arbeit zu entscheiden. Weil sowohl nationales Verständnis bei Ihnen aber nicht besteht, deshalb wünschen wir zunächst nur die sechsjährige Grundschule. Was Sie mit Ihren Anträgen wollen, ist die Klassenscheidung schon unter den Kindern aufrechtzuerhalten. Für pädagogische Gesichtspunkte haben Sie kein Verständnis. Wenn Sie die Grundschule nicht auf 6 Jahre erhöhen wollen, dann darf der Lehrgang wenigstens nicht zurückgeschraubt werden. Wir beantragen nunmehr, daß alle Kinder die nach ärztlichem Zeugnis zu schwach für die Grundschule sind, in keinem Falle unter 4 Jahren in die höhere Schule aufgenommen werden dürfen. Immer wieder hören wir die Klagen, daß es für die letzten Stellungen so wenig elastische und tüchtige Menschen gibt. Dann müssen Sie aber verhindern, daß in die höheren Schulen Kinder kommen, die nicht die Begabung dafür haben. Das schlimmste Wort muß aufhören: "Wenn du nicht lernst, kannst du Schreiner oder Schuster werden." Wir wollen endlich den Kindern eine freiere und aufstrebende Bildung, eine organische und geschlossene Bildung geben. (Beifälliger Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Der sozialdemokratische Antrag, der jede Verkürzung der Dauer des Lehrganges der Grundschule von mindestens vier Jahresklassen für unzulässig erklärt, wird abgelehnt, ebenfalls der Antrag auf Einführung von sechs Jahresklassen.

Der Grundbesatz § 1 des Grundschulgesetzes wird darauf gegen Sozialdemokraten, Kommunisten und Demokraten in folgender Fassung angenommen: Der Lehrgang der Grundschule umfasst vier Jahresklassen (Stufen). Im Einzelfalle können besonders leistungsfähige Schulkinder nach Anhören des Grundschullehrers unter Genehmigung der Schulaufsichtsbehörde schon nach dreijähriger Grundschulpflichtzeit zur Aufnahme in eine mittlere oder höhere Schule zugelassen werden.

Frau Abg. Pfälz (Soz.):

Wir haben den Antrag gestellt, für die Kinder, die nach ihrer Lebenslage jetzt nicht aus der Volksschule in die höhere Schule über-treten können, die Mittel dafür zu bewilligen, aber nicht allein für den Schulbesuch, sondern auch für den Lebensunterhalt. Wenn es Ihnen ernst damit ist, die Begabten für den Staat zu retten, dann müssen Sie mit uns dafür sorgen, daß die begabten Schüler und Schülerinnen die Möglichkeit haben, die mittleren und höheren Schulen zu besuchen, auch wenn sie mittellos sind. Im Ausschuss ist unser Antrag abgelehnt worden, wir stellen ihn im Plenum noch einmal. Wir wissen, daß schon früher einzelne Begabte aus den unteren Schichten emporgestiegen sind, dafür gehen aber Hunderte und Tausende andere Begabte zugrunde. Wenn Sie (nach rechts) einen Augenblick Zeit für kulturelle Fragen hätten, dann würden Sie dieser Forderung größere Aufmerksamkeit schenken, als Sie es jetzt tun. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es sind ja mit Kinder gekommen, die mit 12 Jahren schon in die Textilmfabriken gehen müssen und tränenreichen Auges gelacht haben, daß sie nicht weiter lernen können. Ich will hoffen, daß Sie endlich zurückkehren zu gefunden sozialen Motiven und für unseren Antrag stimmen. Es muß endlich Wirklichkeit werden, was in der Verfassung von Weimar enthalten ist. (Beifälliger Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Rönneburg (Dem.) verlangt eine Vorlage in gleicher Richtung.

Abg. Dr. Schreier (Str.): Der sozialdemokratische Antrag und die demokratische Entscheidung sind zu allgemein gehalten und ohne materiellen Unterbau. Ich kann Ihnen daher nicht zustimmen, bin aber bereit, auf eine Ausgestaltung der Erziehungsbeihilfe hinzuwirken.

Abg. Börske (Komm.) wirft den Rechtsparteien Demagogie vor. Abgeordnete Frau Scheidel (Dnat.) und Runkel (D.D.P.) schenken die sozialdemokratischen und demokratischen Anträge ab.

Ein Antrag der Abg. Frau Pfälz (Soz.), die Weiterberatung zu vertagen, bis die finanziellen Unterlagen vorliegen, wird abgelehnt. Ein Antrag der Abg. Frau Pfälz (Soz.), die Kosten für besonders leistungsfähige Schulkinder dem Staat zu übertragen, wird ebenfalls abgelehnt.

Nach § 2 soll das Gesetz am 1. April 1925 in Kraft treten. Abg. Frau Pfälz (Soz.) beantragt, als Termin des Inkrafttretens den 1. April 1926 festzusetzen.

Abg. Neubauer (Komm.) verlangt ebenfalls hinausschiebung des Inkrafttretens des Gesetzes, da es schultechnisch nicht möglich sei, das Gesetz in einigen Tagen einzuführen.

Angenommen wird schließlich der Antrag der Regierungsparteien, wonach das Gesetz mit dem Tage der Verkündung in Kraft tritt.

Dann ist die zweite Lesung der Vorlage beendet.

Darauf wird der Gesetzentwurf wegen der Vereinbarung über die Erteilung von Rheinischerpatenten in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Nach einer Geschäftsordnungsdebatte werden die Abstimmungen über die Verlegung der Genehmigung von Strafverfolgungen gegen die Abg. Kenzler (Komm.) und v. Graefe (D.D.) auf Donnerstag vertagt. Donnerstag 1 Uhr: Abstimmungen, Wählspielwesen, Grundschulgesetz, Kinnestievorlage. Schluß gegen 1/8 Uhr.

Landtag und Wahlbeamte.

Das Gesetz endlich angenommen.

Präsident Bartels eröffnete die gestrige Landtags-Sitzung um 12 Uhr 20 Min. und gedachte, während sich die Mitglieder des Hauses von den Plätzen erhoben, des Unglücks bei der Reichswehr; er werde dem Reichswehrminister und den Angehörigen das Beifeld des Hauses übermitteln.

Der Landtag überwiegt sodann ohne Aussprache der Ausschussberatung den Antrag auf Aufhebung des Beschlusses des Staatsgerichtshofes, der dem Abg. Dbusch seine Tätigkeit als Beisitzer unterlag. Ferner den Antrag, 20 Millionen zur Förderung des Wohnungsbauwesens für kinderreiche Familien zur Verfügung zu stellen, sowie den kommunistischen Antrag auf Befreiung der Leibelstände in der Strafanstalt (Festung) Gollnow in Pommern. Der kommunistische Antrag über die Aufhebung der Personalabbauverordnung und Wiedereinstellung der abgebauten Beamten, Angestellten und Arbeiter wird dem Ausschussantrag entsprechend abgelehnt. — Die namentliche Abstimmung über den sozialdemokratischen Antrag hinsichtlich des Abbaues der Wahlbeamten soll um 3 Uhr stattfinden. Das Haus tritt hierauf ein in die zweite Beratung der Novelle, die eine höhere Besteuerung des Wanderlagerbetriebes vorsieht.

Nach längerer Aussprache wird die Vorlage in zweiter Lesung angenommen und auch in dritter verabschiedet. Die Steuer beträgt danach für jede Woche der Dauer des Wanderlagerbetriebes in Orten mit mehr als 100 000 Einwohnern 60 Goldmark, in solchen mit mehr als 50 000 bis 100 000 Einwohnern 30 Goldmark, in solchen mit mehr als 10 000 bis 50 000 Einwohnern 40 Goldmark und in Orten bis zu 10 000 Einwohnern 30 Goldmark. — Die Vorlage wegen Bereitstellung weiterer Geldmittel für die Regelung der Hochwasser-, Deich- und Vorflutverhältnisse an der oberen und mittleren Oder hat der Ausschuss mit der Änderung zur Annahme empfohlen, daß statt 3,2 Millionen 3,7 Millionen bewilligt werden sollen. Zur Durchführung der im Gesetz vom 12. August 1903 vorgelebene Schulbauten usw. sind im ganzen noch etwa 10 Millionen Goldmark erforderlich; das Reich beteiligt sich an der Oberregulierung nicht.

Die Ausschussvor schläge werden nach längerer Debatte in dritter Lesung einstimmig angenommen.

Der Abbau von Wahlbeamten.

Das Haus nimmt die namentliche Abstimmung über den sozialdemokratischen Antrag betr. den Abbau von Wahlbeamten vor. Der Antrag fordert insbesondere schleunigste Vorlegung eines Gesetzentwurfes, durch den der § 48 der Preussischen Personalabbauverordnung dahin erläutert wird, daß ein Abbau auch bei den Wahlbeamten nur unter den Voraussetzungen des § 21 des genannten Gesetzes zulässig ist.

Der Ausschuss hatte die Annahme empfohlen.

Die namentliche Abstimmung ergibt diesmal die Annahme mit 212 gegen 41 Stimmen der Kommunisten. Die Parteien der Rechten haben sich an der Abstimmung nicht beteiligt, in der Erwartung, daß auch die Kommunisten Sabotage üben und so das Haus beschlußunfähig werden würde. Sie haben sich diesmal gefaßt.

Die übrigen Anträge des Ausschusses betr. die Einstellung des Personalabbauwesens in Preußen, Aufhebung der Besoldungssperre usw. gelangen ebenfalls zur Annahme.

Der Antrag der Deutschnationalen betr. das staatliche Gymnasium in Reußlän geht auf Antrag der Abg. Frau Dr. Wegscheider (Soz.) an den Hauptauschuss.

Das Haus trat hierauf ein in die zweite Beratung der

Novelle zum Schutzpolizeibeamtengesetz.

Die Novelle bringt eine Reihe Änderungen, die sich nötig machen, um die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen dem Reichsrahmengesetz anzupassen. Im Ausschuss war man allgemein der Ansicht, daß das grundlegende Gesetz selbst durch ein neues Gesetz geändert werden muß, da die bestehenden Bestimmungen allzu große Mängel aufwiesen.

Abg. Borch (Dnat.) berichtete über die Ausschussbeschlüsse.

Abg. Kardwald (Soz.) fordert eine grundsätzliche Neuregelung der gesamten Versorgung der Schutzpolizeibeamten.

Nach weiteren Ausführungen der Abg. Borch (Dnat.), Mehnert (D. Sp.) und Kasper (Komm.) wird die Beratung abgebrochen.

Nächste Sitzung: Donnerstag 12 Uhr: Gemeinsame Beratung der vom Staatsministerium mit Gesetzentwurf erlassenen Verordnungen betr. die Verlängerung der Wafdauer der Provinziallandtage und Kreistage, betr. die Verlängerung der Gültigkeitsdauer des vorläufigen Grundvermögenssteuergesetzes, betr. Neuregelung der Gewerbesteuer.

Schluß 6 Uhr.

Geschäftliche Mitteilungen.

Die G. S. Knorr & Co., der Suppen-Knorr, die Vertreterin des bekannten Knorr Geheimrezepts, mit dem Generalkonzern von Kindern aufgezogen worden sind, dankt wieder mal eine Reichstagskommission, die ihrem Namen Ehre macht. Es handelt sich um die Knorr Suppenwurst — Blumenkohl, Grünkern, Röhre, Schinkenwurst, Goll, Spargel, Komotie — die ohne alle Zutaten, nur mit Wasser angefüllt, eine köstliche, wohlschmeckende Suppe ergibt, die sich bei ihrer Herstellung mit preiswerten Zutaten auszeichnet hat. Wer ein Rezept von einer Suppe ist, der mache einmal ein Probe lang den Versuch, jeden Tag eine andere Knorr Suppenwurst zu kochen; er wird bei Knorr Knorr' treu bleiben.

Henko
Henkel's Wasch- und Bleich-Soda



spart Seife und Seifenpulver!
Mithinverwendung von Henko bei der
Wäsche verbilligt das Waschen.
Vorzügliches Einweichmittel

Wirtschaft

Der Aufstieg der Gewerkschaftsbank.

Die den freien Gewerkschaften gehörige „Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.G.“, die am 31. Mai vorigen Jahres aus der „Deutschen Kapitalverwertungs-Gesellschaft“ hervorging, erstattet soeben ihren ersten Tätigkeitsbericht. Sie führt darin aus:

Das entscheidende Moment für die gesamte Wirtschaftsentwicklung im Jahre 1924 ist die unmittelbar vorangegangene Hemmung der Geldentwertung, der tatsächliche Kauf der Dinge hat alle die getäuscht, die der Auffassung waren, daß das Ausschlagen der Inflation die Klarlegung der wirklichen wirtschaftlichen Verhältnisse und Kräfte im unmittelbaren Gefolge haben müsse. Tatsächlich stand noch fast das ganze erste Viertel des Jahres unter den Nachwirkungen der letzten Inflationsperiode. Auf der einen Seite ließ die schnelle Aufwärtsbewegung der Preise sich nicht mit einem Ruck abstellen, auf der anderen Seite konnten weite Kreise nicht nur der Konsumenten, sondern auch der Wirtschaft selbst nicht mit der gebotenen Schnelligkeit das richtige Augenmaß für die plötzlich verfeinerten Zahlen finden. Dazu kam der Optimismus vieler, die glaubten, nachdem erst eine gewisse Beständigkeit der Währung da war, sei auch wieder eine Basis für die Gesundung innerlich bereits zum Absterben verurteilter Unternehmen da. Das alles bewirkte zunächst eine vorübergehende Wirtschaftsbelebung, der erst gegen die Mitte des Jahres eine um so schlimmere Enttäuschung folgte. Die Gesundungsfrühe, wie sie nunmehr landläufig genannt wird, setzte mit voller Wucht ein, das Wirtschaftsleben schleppte und stockte allenthalben, die Zahl der Konkurse, Betriebs einstellen und Verkleinerungen schmol an und damit stieg die Arbeitslosigkeit. Bis zum Schlusse des Jahres konnte eine wirklich durchgreifende Änderung nicht erzielt werden, wenn sich auch, nachdem erst durch die Regelung der großen außerpolitischen Probleme ein gewisser Boden für sichere Verhältnisse geschaffen worden war, kleine Anläufe zur Besserung geltend machten. Klar ist jedenfalls, daß die Krise, an deren Ende ein Wiedererstarken der deutschen Wirtschaft stehen möge, noch längst nicht abgeschlossen ist, sondern noch eine geraume Zeit und voraussichtlich eine nicht geringe Anzahl von Opfern erfordern wird.

Ein besonders von unserem Gesichtspunkt aus wichtiges Ergebnis hat aber bereits das Jahr 1924 gezeitigt. Während der Zeit der stetig fortschreitenden Geldentwertung war das Kräfteverhältnis zwischen allen jenen öffentlichen und privaten Institutionen, die hinsichtlich ihrer Finanzierung auf regelmäßig wiederkehrende Beiträge gestellt sind, zu der privaten Wirtschaft mehr und mehr zu Ungunsten der ersteren verschoben worden. Sie alle hatten nicht, wie die öffentliche Wirtschaft, die Möglichkeit, die auftommenden Gelder mit der gebotenen Schnelligkeit aufzunehmen und durch wertbeständige Anlage zu erhalten, so daß sie nach dem Verlust des früheren Vermögens auch keine Wege des Wiederaufbaus vor sich sahen. Darin trat mit der Befestigung der Währung eine entscheidende Wendung ein. Durch sie trat wieder die nicht zu unterschätzende Kraft in die Erscheinung, die jeder Institution innewohnt, der regelmäßige, wenn auch im einzelnen gesehen, kleine Beiträge eines großen Kreises gesichert sind. Reich und Staat als Steuerempfänger, soziale und kulturelle Verbände fanden wieder Boden und konnten den Anfang machen mit dem langsamen Aufbau ihrer wirtschaftlichen Stellung.

Diese Tatsache mußte sowohl für die Deutsche Kapitalverwertungs-Gesellschaft m. b. H. als auch für die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.G. von ausgleichgebender Bedeutung sein. Nicht nur ihre Gründer, die Gewerkschaften, sondern auch die darüber hinaus für sie nach dem Gründungsgedanken in erster Linie in Frage kommenden Kunden gehören den jetzt bezeichneten Kreisen an. Durch die, an den Vertriebsverhältnissen gewachsen, freilich sehr bescheidene Kapitalausstattung ist die Bank in den Besitz von gewissen Mitteln gekommen, die ihr die Mög-

lichkeit gaben, einen ersten Anfang mit der Erfüllung ihrer Aufgaben zu machen. Sie konnte, soweit die gebotene Rücksicht auf eine unerlässliche Liquidität das gestattete, im Wege der kurzfristigen Kreditgewährung an Konsumgenossenschaften, soziale Bau- und Siedlungsgenossenschaften, Kommunalverbänden, soziale Versicherungsanstalten und dergleichen dazu beitragen, daß das von der Arbeitnehmerschaft zusammengetragene Geld den sozialen Interessen derselben Bevölkerungsklassen zugute kam. Hierin erblickt die Verwaltung überhaupt ihre vornehmlichste Aufgabe. Sie glaubt damit eine Lücke ausfüllen zu können, die notwendigerweise bestehen mußte, solange ein Finanzinstitut fehlte, das auf Grund enger Verbindung mit den erwähnten Institutionen und ihrem Mitgliederkreise besser als jedes andere in der Lage ist, Möglichkeit, Notwendigkeit, vor allem aber auch Sicherung derartiger Kredite zu übersehen. Daß gerade die Frage der Sicherheit in jedem einzelnen Falle einer besonders gründlichen Prüfung unterzogen wird, ist nicht nur im Interesse der Geldgeber und Aktionäre, sondern letzten Endes auch im Interesse der Kreditnehmer selbst gelegen.

Die Verwaltung ist sich darüber klar, daß die Betonung gerade der vorerwähnten Aufgabe für sie das Aufgeben mancher Verdienstmöglichkeiten bedingt, die anderen Bankgeschäften zur Verfügung stehen, sie ist aber der Überzeugung, daß für sie weniger die Erwirtschaftung großer Gewinne, als die Förderung sozialer Zwecke Ziel sein muß.

Die in der beigefügten Bilanz unter Gläubiger und auf der anderen Seite unter Schuldner ausgewiesenen Zahlen geben einen Überblick über die per 31. Dezember 1924 bestehenden Möglichkeiten und ihre Ausnutzung im Sinne vorstehender Erläuterungen. Die Vorsicht, mit der bei der Kreditgewährung vorgegangen worden ist, hat Verluste vermeiden lassen, trotzdem ist für alle Fälle unter dem Posten Gläubiger ein angemessener Betrag in Reserve gestellt worden.

Das Bestreben eines größeren Teiles unserer Kundschaft, einen Teil der Geldeingänge in sicheren Papieren als besondere Reserve anzulegen, gab uns Gelegenheit, uns in Effektengeschäften zu betätigen. In Frage kamen dabei in erster Linie festverzinsliche Papiere mit bester Deckung. Wir glauben, daß bei weiterem folgerichtigen Zusammenarbeiten auch für die Zukunft auf diesem Gebiete gute Möglichkeiten gegeben sind.

Der in der Bilanz unter „Eigene Wertpapiere“ ausgewiesene Betrag beruht auf einer vorsichtigen Bewertung und hält sich nicht unmaßgeblich unter dem Börsenkurs vom 31. Dezember 1924.

Einen weiteren Teil der verfügbaren Gelder hat die Bank in erstklassigen, jederzeit rediskontierbaren Handels-Wechseln angelegt, während der Rest im Interesse der Liquidität als Guthaben bei Bankinstitutionen gehalten wurde.

Die Kosten der Einrichtung der Bank, die infolge des Bestehens der Bank die neuesten technischen Errungenschaften zuzunutzen zu machen, nicht unbeträchtlich waren, sind über Handlungsunkosten bis auf 1 Mark abgebucht worden.

Die gestern abgehaltene Generalversammlung der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.G. genehmigte einstimmig die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung. Aus der Gewinn- und Verlustrechnung per 31. Dezember 1924 ergibt sich ein Rohgewinn von 229.061,40 Mk. Nach Abzug der Handlungsunkosten verbleibt ein Reingewinn von 159.556,38 Mk. Die Handlungsunkosten selbst betragen 89.505,02 Mk. und stellen sich, verglichen mit den in den bis jetzt veröffentlichten Geschäftsberichten der privaten Bankinstitute gemachten Angaben, erfreulich niedrig. Von dem Reingewinn werden 75.000 Mk. dem gesetzlichen Reservefonds und 25.000 Mk. einem Spezialreservefonds überwiesen. 2.056,38 Mk. werden auf neue Rechnung vorgezogen. Die Dividende beträgt 10 Proz. und erfordert rund 37.500 Mk.

In der Bilanz selbst werden aufgeführt: Kasse und fremde Geldsorten mit 133.104,37 Mk., Wechsel mit 262.343,39 Mk., Koftruguthaben bei Banken und Bankfirmen 5.078.713,33 Mk., Schuldnern mit 4.441.027,97 Mk., eigene Wertpapiere mit 376.690,25 Mk. Auf der Passivseite werden die Gläubiger mit 9.417.324,93 Mk. angegeben (davon 5.478.026,25 Mk. an laufender Rechnung).

Das Aktienkapital selbst macht 750.000 Mk. (750 Aktien à Nennwert 1000 Mk.) aus.

Die vorgenommene Neuwahl führte zur einstimmigen Wiederernennung des bisherigen Aufsichtsrates. In einer der Generalversammlungen folgenden konstituierenden Sitzung des Aufsichtsrats wurde zum Vorsitzenden Genosse Theodor Geipart, Vorsitzender des A.D.B., und Genosse Siegfried Aufhäuser, Vorsitzender der A.F., zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.

Hakon und Alfred Lehmann A.G. Angesichts der Tatsache, daß in der Textilindustrie dauernd erklärt wird, es sei unmöglich, eine Herabsetzung der Preise vorzunehmen, ist es interessant, an der Hand des Geschäftsberichts eines der größten Stoffe herstellenden Unternehmungen Groß-Berlins festzustellen, was es mit dieser Behauptung auf sich hat. Die Gesellschaft erzielte im abgelaufenen Geschäftsjahr 1924 einen Reingewinn von etwa 250.000 Mk., aus dem sie eine Dividende von 12 Proz. zur Ausschüttung bringt. Die Bilanz der Gesellschaft ist äußerst liquide und enthält erhebliche stille Reserven. Nach den Mitteilungen über den Geschäftsgang, die in der Generalversammlung gemacht wurden, liegen aus dem Auslande und Inlande Aufträge vor, die der Gesellschaft bis ins dritte Quartal Beschäftigung gewährleisten. Von den unsicheren Verhältnissen der Textilindustrie ist die Gesellschaft verschont geblieben. Sie erwartet auch für das laufende Geschäftsjahr ein gutes Resultat. Diese Darlegungen zeigen, daß es der Textilindustrie, besonders derjenigen, die die Stoffe zur Verarbeitung liefern, sehr wohl möglich ist, durch Preisherabsetzungen die Umsätze und damit die Produktion zu steigern.

Wetter für Berlin und Umgegend. Teilweise heiter, teils wolfig ohne erhebliche Niederschläge, fortwährend sehr mild bei mäßigen westlichen Winden. Für Deutschland. Im Norden streichweise leichter Regen, überall mild.

Für 2 Mark 50 Pfennig
ein zu jeder Zeit
passendes Geschenk
für die Hausfrau!

15 Päckchen der bewährten
Oetker-Fabrikate,
darunter die neu herausgebrachten Feinkost-Puddingpulver sind zusammen mit einem **Rezeptbuch** in einer hübsch ausgestatteten **Auswahl-Packung** verpackt und bilden ein nützliches und praktisches Geschenk für jeden Haushalt!

In allen einschlägigen Geschäften zu haben. Wo nicht erhältlich, wird ausnahmsweise ab Fabrik unter Nachnahme portofrei g. l. u. c. r. zu beziehen, das Geschäft zu nennen, in dem der Besteller sonst meine Fabrikate kauft.

Dr. A. Oetker, Bielefeld.

GROSSER HANDSCHUH-VERKAUF

Mengenabgabe vorbehalten zu besonders vorteilhaften Preisen Mengenabgabe vorbehalten

Damen-Stoffhandschuhe

- Damen-Leinen imitiert, farbig, 3 Druckknöpfe **48** Pk.
- Damen-Leinen imit., farbig, gleichfarb. Knopfausschnitt, 2 Druckkn. **65** Pk.
- Damen-Leinen imitiert, mit Knopfausschnitt u. Biegelverschluss **95** Pk.
- Damen-Leinen imitiert, farbig, 3 Druckknöpfe **1**²⁵
- Damen-Schweden imit., breite weiß. Aufschnitt, Biegelversch. **1**⁴⁵
- Damen-Leinen imitiert, farbig, gute Qualität, 2 Druckknöpfe **1**⁶⁵

Damen-Handschuhe 1⁹⁵
Lösen und Schweden imitiert, mit eleganter Ausstattung.

Damen-Handschuhe 4⁹⁰
Schweden, elegante Ausstattung, Biegelverschluss, farbig.

Damen-Handschuhe 5⁹⁰
Schweden, eleg. Ausstattungshandschuh, kl. mod. Manschette.

Damen-Lederhandschuhe

- Damen-Glace u. -Schweden **2**⁹⁰
- Damen-Schweden farbig, 2 Druckknöpfe **3**⁹⁰
- Damen-Glace Monoknapp, farbig, 12 und 10 Knopf lang **3**⁹⁰
- Damen-Glace Ziegenleder, farbig **3**⁹⁰
- Damen-Glace Ziegenleder, Stepper und Nappa, farbig **4**⁵⁰
- Damen-Nappa Stepper, mit Biegelverschluss **5**⁵⁰

Herren-Stoff- und Lederhandschuhe

- Herren-Leinen imitiert, farbig, 1 Druckknopf **95** Pk.
- Herren-Leinen imit., farb., weiss gestreift Aufschnitt, 1 Druckknopf **1**²⁵
- Herren-Waschleder imit., 1 Druckknopf, gelb **1**³⁵
- Herren-Schweden imitiert, hellfarbig, 1 Druckknopf **2**⁹⁰
- Herren-Nappa -Stepper, 1 Druckknopf **4**⁹⁰
- Herren-Nappa -Stepper, mit Biegelverschluss **5**⁹⁰

Fortsetzung unseres grossen Frühjahrsvverkaufes

- ### Herren-Bekleidung
- Herren-Anzüge schöne Frühjahrstoffe **45⁰⁰ 65⁰⁰**
 - Sport-Lodenanzüge Münchener Fabrikat **45⁰⁰ 68⁰⁰**
 - Jünglings-Anzüge in vielen Mustern **29⁰⁰ 42⁰⁰**
 - Frühjahrmäntel moderne Muster und Formen **58⁰⁰ 75⁰⁰**
 - Herren-Gummimäntel **19⁰⁰ 25⁰⁰**
 - Herren-Regenmäntel Gummil mit gutem Stoffbesatz **32⁰⁰**

- ### Schuhwaren
- Herren-Halbschuhe schwarz E-Box, moderne Form, gute Verarbeitung **10⁵⁰**
 - Herren-Halbschuhe braun E-Box, moderne Form, vorzügliche Qualität **11⁹⁰**
 - Herren-Stiefel und -Halbschuhe, moderne, schöne Form, in braun Boxoif **18⁰⁰**

- ### Herren-Artikel
- Sporthemden prima Perkal, mit Kragen **5²⁵**
 - Oberhemden prima Perkal, gestülpte Brust, ein steifer und ein weicher Kragen **8⁰⁰**
 - Selbstbinder Feulardoids, gemustert **1⁹⁵**
 - Selbstbinder reine Seide, geschmackvolle Dessins **3⁰⁰**
 - Herren-Hüte in vielen modernen Farben und Formen **4⁰⁰ 6⁰⁰**
 - Schülermützen in grosser Auswahl

HERMANN TIETZ

Franz Diederich.

Die Hochfliegerei unserer Zeit macht oberflächlich und nervig. Eine Aufregung jagt die andere und so läßt, was eben noch die Gemüter erregte, in kurzer Zeit nur noch die Verschommenheit eines Traumbildes zurück. So geht es mit Ereignissen, so mit Namen. Das tiefere Schürfen der Vorkriegsjahre hat einen mehr dem Totleben weichen müssen.

Doch wir haben wahrlich nicht soviel Kulturgut, daß wir verschwenderisch damit umgehen könnten, und gerade wir Jüngeren stellen einmal wieder bei den Alten in die Lehre gehen, um ihre Gründlichkeit und den tiefen Ernst ihrer Lebensauffassung uns zu eigen zu machen. Einer von ihnen war Franz Diederich, der am 2. April 60 Jahre alt geworden wäre, hätte ihn nicht schon vor 4 Jahren der Tod ereilt.

Franz Diederich war seit Kriegsbeginn Redakteur des „Vorwärts“, vorher arbeitete er als Redakteur in den Parteiblättern von Dresden, Bremen und Dorimund. Mehrere Jahre Gefängnis für seine politische Betätigung blieben ihm nicht erspart. Doch uns interessiert vor allem der Dichter und der Wissenschaftler, der mit seiner wahrhaft rührenden Gründlichkeit und Liebe Anthologien herausgab. Seine Gedichtsammlung revolutionärer Dicht „Von unten auf“, die in zwei Bände geteilt die soziale und revolutionäre Dichtung von 1789 bis 1848, und im zweiten Band ihre neuzeitliche Nachfolgerin umspannt, kann ohne Übertreibung als bahnbrechendes Standardwerk auf diesem Gebiet bezeichnet werden. Wie abgewogen und durchdacht ist jeder Satz in seinem Geleitwort. Nur einiges darunter möge für ihn, den Verstorbenen, selber zeugen. „Dichter, die den Pulsschlag ihrer Zeit gegen Sterben und Vergehen setzen, sind die Großartigsten der Geschichte“. Oder wieder konzentriertes Nachdenken und weicher dichterische Schwung in der Einleitung zu seinem Marg. Brenner. „Schöpfergestir sprengen die räumliche und zeitliche Enge menschlichen Einzel-Lebens. Sie bewegen sich mit Weltstritten und haben als Lebensfeld unter sich den Äther gedehnter Zeiträume. Strebend, in weitem Bogen, treibt ihre Riesenhaut.“

Doch Franz Diederich war nicht nur Wiederbeleber, er hat unter anderem des Achtundvierziger's Götterbrenner „Untern Brennglas“ wieder der neuen Epoche geschenkt, sondern auch selber ein Dichter. Seine soziale Lyrik und vor allem seine Naturlyrik in den „Worpsweder Stimmungen“ und „Die weiße Heide“ zeugen von seiner Dichternatur.

Was ist von diesem reichen Schaffen geblieben? „Von unten auf“ ist in einem zusammengedrängten Bande das letzte mal 1920 erschienen. Statt sein von ihm selbst so liebes Werk erweitert und der neuesten Dichtung und lechtem Geschehen ihr Recht geben zu können, mußte er es blutenden Herzens zusammenstreichen. Es ist eine Ehrenpflicht, „Von unten auf“ wieder in vollständiger und schönem Gewande herauszugeben und nach des Dichters Intentionen zu erweitern, denn all diese Gedichte sind wirklich dichterisch zusammengefaßt. Wo sind seine Gedichtbändchen „Die Hämmer dröhnen“, wo seine starke Naturlyrik? Vergessen, verweht. Nur der Arbeiterjugendverlag gab kürzlich ein Bändchen Gedichte „Jungfreudig Volk“ heraus und erfüllte damit eine ihm ehrende Dankpflicht, denn stets war Franz Diederich ein Junger geblieben, auch mit grauem Haar. Die Jugendbewegung hat ihm viel zu danken, er trat für sie 1908 in Dresden mit aller Wärme ein, als noch viele Ermachene ihr mißtrauisch gegenüberstanden. Auch den Bildungsbestrebungen widmete er sein reiches und anregendes Wissen.

Wenn höchstes Glück der Menschenkinder die Persönlichkeit ist, so ist Franz Diederich dieses Glück in reichem Maße teilhaftig geworden. Ihm habe ihn nicht oft gesehen und gesprochen, doch ich empfand immer eine stille Liebe für diesen Mann. Und jetzt, als ich beim Blättern in vergilbten Zeitungen und Zeitschriften in einem Nekrolog von W. Reimer das Wort von dem „Goldvatergeßel“ fand, das er den Jüngen des älteren Diederich gab, mußte ich sehr lächeln und ihm doch recht geben. Er war keine überhöfliche, er war

General Ludendorff.



Wie er sich seinen früheren Anhängern jetzt darstellt. (Diese Karikatur stammt aus einem Flugblatt des Jarres-Bloß, gegen das die Berliner „Völkische Freipresse“ feierlich protestierte.)

eine tiefe Dichter- und Gelehrtennatur. Seine niederdeutsche Heimat gab ihm ihre besten Kräfte. Nun bedrückt ihn, der ein so großer Naturfreund gewesen, schon über vier Jahre der lahmte Nasen im Stahnedorfer Friedhof, doch sein geistiges Leben, solange es uns noch Starkes zu sagen hat, müssen wir uns erhalten. Das ist fürdringende Pflicht und Dankbarkeit zugleich. Bruno Schönlank.

125 Jahre deutsche Brillen-Industrie.

125 Jahre waren am 1. April seit dem Tage verfloßen, an dem die beiden Prediger Joh. Heim. Aug. Dunder und Sam. W. Wagnener in Rathenow eine optische Schloßfabrik bezündeten und damit die deutsche Brillenindustrie schufen, die heute ein so wichtiger Zweig unseres Wirtschaftslebens ist. Auf dieses interessante Jubiläum weist Karl Radde in einem Aufsatz der Wochenschrift „Die Umschau“ hin. Seit Erfindung der Brille und bei ihrer allmählichen Einbürgerung handelte es sich um ein rein praktisch betriebenes Handwerk, denn die wissenschaftliche Grundlage schloß. Die Brillenmacherzünfte stellten seit dem 16. Jahrhundert Brillen her, die gepreßt und von der Hand geschliffene Gläser in Leder- und Metallfassungen waren und von herumziehenden Hausleuten neben allerlei „Münzberger Land“ verkauft wurden. Die Brillen wurden „ausprobirt“, und die Kuwacht war willkürlich in das Gubäntchen des einzelnen gelegt. So blieb es bis vor 125 Jahren, als die beiden Prediger den Grundstein für die Entwicklung der Brillenindustrie und damit der wissenschaftlichen Optik legten. Die Gelehrten hatten in jenen trüben Zeiten der napoleonischen Kriege ein geringes Gehalt, das nicht hin und nicht her reichte, und haben sich daher gezwungen, nebenbei Geld zu verdienen. Der Prediger Dunder in Rathenow, der während

seiner theologischen Studien in Halle sich praktisch und theoretisch mit Optik beschäftigt hatte, richtete sich in seinem Pfarrhaus eine Werkstatt ein und arbeitete zunächst Mikroskope, die er ganz allein herstellte. Da er für diese Instrumente einen guten Absatz fand, so kam er auf den Gedanken, die damals nur durch Breßlen und Handgeschliffen hergestellten Brillengläser auf Maschinen herzustellen. Er erfand eine Brillenschleifmaschine, auf der er gleichzeitig eine größere Anzahl Brillengläser schleifen konnte und für die er ein familiäres Patent erhielt. Diese Erfindung bedeutet für die Brillenindustrie daselbst, wie für die Textilindustrie die Erfindung der mechanischen Webstühle und Spinnmaschinen. Der kleine Betrieb im Pfarrhaus zu Rathenow fand bald die Anerkennung namhafter Gelehrter; es wurden auch einfache optische Instrumente, wie Fernrohre und Mikroskope gebaut, und Dunder selbst fertigte sogar Brillenfassungen und Futterale, obwohl er die Herstellung dieser Teile nirgends gesehen hatte. An den Arbeiten beteiligte sich auch der andere Gelehrte in Rathenow, Bogener, schied aber nach dem Kriege von 1806 wieder aus. Nun arbeitete Dunder rastlos in den schwierigen Zeiten weiter und brachte das Geschäft nach den Freiheitskriegen wieder in die Höhe, erkrankte aber 1820 an einem Nervenfieber, dem geistige Ummachung folgte. Sein Sohn Edward Dunder erbaute 1834 das erste eigene Fabrikgebäude, und als 1840 sein Neffe Friedrich Emil Busch in den Betrieb eintrat, begann ein rascher Aufschwung. Der Betrieb wurde bedeutend erweitert und auf die ganze optische Industrie ausgedehnt. 1872 wurde die Firma in die Emil-Busch-Königsgesellschaft umgewandelt; sie beschäftigt heute über 1200 Arbeiter, und die Größe ihres Absatzgebietes beweist schon die eine Tatsache, daß von einem neuen Typ Operngläser alle 3 Minuten ein Glas fertiggestellt wird.

Da in der Rathenower Werkstatt viele tüchtige Arbeiter herangezogen wurden, so machten sich manche unter ihnen selbständig, und seit 1850 entstand in Rathenow eine ganze Anzahl optischer Werkstätten, die sich fast durchweg mit der Herstellung von Brillen und Brillengläsern befassen. Heute steht Rathenow im Mittelpunkt der gesamten deutschen Brillenindustrie, und so hat dies einst so stille Städtchen durch die Gründung Dunders vor 125 Jahren eine Weltbedeutung erlangt.

Dem Wetterfinn. Wenn das Wetter sich ändert, fühlt gar mancher, der sich aus dem Vorgesicht eine Wunde mitgebracht oder mit Rheuma behaftet ist, die Vorzeichen dieses Ummachungs gar deutlich durch Schmerzen. Woher aber dieser Zusammenhang zwischen Wetterveränderungen und Körperempfinden kommt, darüber ist man sich noch nicht klar geworden. In einem Aufsatz der „Umschau“ untersucht Dr. Pfaff diese Beziehungen. Er hat ein ganzes Jahr lang den Einfluß des Wetters auf Rheumatische und kriegsverletzte täglich untersucht und gefunden, daß bei verschiedener Luftdruckhöhe Schmerzen auftreten. Bei Barometerständen von 745 bis 750 Millimetern, die mit dem Auftreten einer westlichen Depression verbunden waren und einige Tage anhielten, blieben die erkrankten Reaktionen aus; sie stellten sich aber sofort ein, sobald der barometrische Zustand der Wetterlage beendet war. Auch bei ausgesprochenen Hochdrucklagen blieben die Schmerzempfindungen aus. Dagegen zeigten sich die Reaktionen sofort, wenn bei hohem Luftdruck Regen eintrat. Aus den Beobachtungen ergab sich, daß die körperlichen Empfindungen keineswegs durch Luftdruckveränderungen hervorgerufen werden. Auch die Temperatur- und Feuchtigkeitsschwankungen dürften nicht für das Auftreten der Schmerzempfindungen verantwortlich gemacht werden, wenn auch freilich der Feuchtigkeitgrad der Luft namentlich bei Rheumatischen mitbestimmend war. Zufälliger Weise stellen sich die Schmerzen ein, wenn ein Gewitter zu erwarten war, und in der Nähe der Gewitter, die Schwankungen der elektrischen Leitfähigkeit der Atmosphäre als Reizursache anzunehmen. Dies machen sich die Rheumatischen Reaktionen vor dem Einsetzen des Regens und Gewitters bemerkbar. Zu ähnlichen Ergebnissen ist der Schweizer Arzt Huber gekommen, der solche Personen für seine Versuche auswählte, die besonders stark den Ausdruck des Föhnwindes vorausfühlten. Huber kommt zu folgendem Resultat: „Die Körperleitfähigkeit von Personen, die nicht mit Wetterfinn behaftet sind, ändert sich in demselben Sinne wie die Luftleitfähigkeit; sie steigt und fällt mit dieser. Bei den mit dem Wetterfinn behafteten Personen aber ändert sich die Körperleitfähigkeit umgekehrt wie bei der Atmosphäre, d. h. sie nimmt ab, wenn die Luftleitfähigkeit wächst, sie wächst, wenn diese abnimmt. Der Widerstand, den die den Körper durchfließenden Ströme zu überwinden haben, nimmt also zu, wenn der Widerstand der die Luft durchfließenden elektromagnetischen Ströme abnimmt.“ Danach würde also der Wetterfinn in einer eigenartigen Beziehung der Leitfähigkeit des Körpers zu der leitfähigkeit der Luftleitfähigkeit bestehen.

Auf der Schwelle des Lebens.

Von Eugen Ishirifow.

(Autorisierte Uebersetzung von Edoie Lampert.)
„Au! Es tut weh, Tante! ... Du hast eine Stecknadel!“
„Sie schwiegen ein Weilchen.“
„Wo ist Mama?“
„Sie ist nicht wohl. ... Sie ist sehr müde. Geh schlafen.“
„Ich werde dich ausziehen.“
„Und küssen?“
Wanja hatte es gern, wenn beim Schlafengehen die Mutter zu ihm kam, ihn küßte, den Rücken streichelte und fest die Decke unter die Füße stopfte.
„Heute werde ich dich küssen.“
„Und Mama?“
„Mama kommt schon von morgen ab.“
„So schlau! ... Ich will, Mama soll.“
„Ich sag's ihr. Bitterkeit kommt sie auch.“
„Und was macht sie? Warum hat sie sich dort verschlossen?“
„Ich weiß, ich weiß! Wirst mich nicht anführen! Ich habe durch den Spalt gesehen: Sie betet dort zu Gott! Gewiß hat Mjofcha krank?“
„Ja, krank. Sehr krank.“
„Er wird nicht sterben, Tante?“
„So Gott will, wird er gesund. Komm! ... Es ist Zeit, Liebling. ... Hörst, es schlägt schon neam?“
„Weißt du's nicht, hat Mama mir ein neues Pferdchen gebracht? Sie hat versprochen ... und warum ist unsere Manja fort? Reinetwegen. Sie ist böse, sie hat auf Mjofcha geschimpft.“
Mama kam diesmal nicht, Wanja zu küssen. Und er hat darauf gewartet. ... Wie früher brannete in der Ecke das rote Licht des Heiligenlampchens. ... Wie lebendig ist es: es rührt sich, und glitzert auf dem Heiligenbild. ... Die Wanja nannte das Lampchen „Gottesauge“. Heute brennen überall Lampchen, in Mjofchas Zimmer und im Saal auch. ... Mjofcha hat es nie getan, und jetzt hat mans auf einmal auch bei ihm angezündet. ... Er wird böse sein, wenn er nach Hause kommt.“
Tante zog Wanja aus, gab ihm einen Kuss und betraugte ihn.
„Streichle den Rücken! ... Und die Decke? ... Steck sie unter die Füßchen!“
„So!“

„Und Mama? Sag ihr, sie soll das schwarze Band vom Hut abnehmen.“ ... Wie eine alte Frau ...
Nachts ging jemand in den Zimmern umher. Die Tante schlief im Kinderzimmer: sie wälzte sich hin und her und seufzte immer, und dort, in Mjofchas Zimmer, weinte jemand und flüsterte. ... Gewiß ist es die Mama ... warum schläft sie nicht?
„Mutterchen!“ rief Wanja leise. Er wiederholte es noch einmal. Wenn Mutterchen nach drei Malen nicht kommt, braucht man nicht mehr zu warten ...
„Mut-ter-chen.“
„Sie wird nicht kommen. ... So bang ist's zu Mut. ... So still ringsum und jemand geht vorsichtig, schleicht hin, wie auf Fußspitzen.“
„Was!“
Das Herz erzitterte: die Uhr hat geschlagen und so sonderbar geschlagen, wie eine Kirchenglocke. ...
Die Uhr, die ist, als ob sie lebendig wäre. ... Es hämmert wie in der Schmiede im Dorf. ... Es klopf, es klopf, und dann — bam! Als ob sie wüßte, wieviel Zeit sie abgeklopft hat, und sagt es den Menschen. ... Woher weiß sie es? Wer hat die Uhr erfunden? ... Mjofcha hatte eine Uhr mit Deckeln. ... Man drückte auf den Knopf und sie sprang auf. ... Mjofcha schläft jetzt gewiß nicht: wenn man krant ist, ist's so heiß, und man hat immer Durst. ... Und gewiß stöhnt er. ... Wenn man krant ist, stöhnt man. ... Mama betet zu Gott. Damit Mjofcha gesund wird. ... Gott kann alles machen. Man muß nur zu ihm beten und er schickt gleich einen weißen Engel und der macht alles. ...
Wanja richtete sich im Bettchen auf, fragte sich und sah nach dem Gottesauge. ... Gott blickt Wanja an. ... Es ist nicht Gott selbst, sondern Jesus Christus. ... Gott selbst ist alt, und Jesus Christus ist jung. ... Er ist gut, besser als Gott selbst. Er hat Kinder gern. ... Manja sagte, daß, wenn er Koffenbuden und Mädchen begegnet, er sie in die Arme nahm und auf seinen Schenkel setzte. ... Er ist sehr gut. ...
Jesus Christus! Nach, daß Mjofcha gesund wird. ... Lieber Jesus Christus! Sag deinem Papa, er soll auf Mjofcha nicht böse sein. ... Mjofcha ist ein sehr guter Junge! ...
Wanja betraugte sich mehrmals, und machte tiefe Verbeugungen. Das letztmal geriet er mit dem Kopf gerade in die Kissen hinein und tat ganz richtig: Tante regte sich. ... Auf einmal steht sie, wie er betet! ... Wanja guckte mit einem Auge auf Tantes Bett und betet in Gedanken weiter:
Mjofcha soll gesund werden, und die anderen sollen krant werden

und sterben. ... Mjofcha hat ihnen nichts getan, und sie haben ihn im Gefängnis eingesperrt. ... Und sie sollen sterben. ... Sie haben's verdient. ...
Angenehm, bequem war es, so zu beten, den Kopf in den Kissen.
„Lieber Jesus Christus! Gib, daß ich bald groß werde und auch recht stark bin. ... Stärker als des Hausmanns Waffel. Und sehr wauig, wie ein Held. ... Dann werd ich ihnen was geben. Sei gut zu Mama, und zu mir, und zu Mjofcha, laß Papa in dein Himmelreich, und sie ... sie sollen in die Hölle. ... Mit dem Teufel zusammen müssen sie dort leben. ... Im Feuer sollen sie sich quälen und nicht zu trinken bekommen.“
Wanja betete Wanja. ... Er erlann für sie alle Duellen und Unannehmlichkeiten der Hölle, von denen ihm die Manja erzählt hatte. ... So schlief er ein, den Kopf ins Kissen gelehrt. ... Und er träumte einen prächtigen Traum: er stand am Tor, und ein großer zottiger Teufel führte sie in die Hölle. Ihre Hände waren mit Striden gebunden, und an den Füßen hingen Ketten, wie bei Zuchthäusern, und der Teufel geht mit einem langen Stock hinter dem zottigen Teufel und versteckt sich hinter dem Torflügel, aber der zottige Teufel rief ihm zu: „Fürchte nicht! Dir geschieht nichts!“ Dann trat er wieder vors Tor und fragte:
„Woher damit?“
„In die Hölle! Gott hat befohlen, sie in die Hölle zu tun,“ rief der zottige Teufel, sich umwendend Wanja zu. ...
„Woh! Hab die's doch gesagt, Waffel! ... Wer hat recht? ... Deht sieht du's.“
IV.
Polizei kam und brachte Mjofchas Schlafkorb. Zwei Polizeleute waren es: ein hoher, und der andere ein einfacher Schuhmann. Wanja guckte durch den Türspalt, und in seinen kleinen Augen blitzte ein großer Haß. ... Wieder sind sie da! Was wollen sie noch? Und er hatte Angst und doch Lust, ihnen zuzurufen, sie sollen sich fortziehen. ... Die Mama spricht mit ihnen. ... Irgeindem Papier haben sie ihr gegeben und lassen sie schreiben. Mamas Hand zittert, und die Lippen bewegen sich. ... Und sie sagen über Mjofcha:
„Mache laut Verzeihnis, Bücher, Uebersetzer, Jockel.“
Mama winkte mit der Hand und drehte sich um zur Wand. ... Als sie fort waren, blieb sie neben Mjofchas Kopf stehen und sah lange auf ihn nieder, dann kniete sie neben denselben und legte den Kopf auf den Deckel. ...
Und weinte. ... (Fortsetzung folgt.)

Theater Lichtspiele
 stv.

Staats-Theater
 Opernhaus
 7 Uhr: Aida
 Opernhaus
 am Königplatz
 7 1/2 Uhr: Tietland
 Schauspielhaus
 7 1/2 Uhr: Statist
 Schüler-Theater
 7 1/2 Uhr: Charleys Tante

Gr. Volksoper
 im Theat. d. Westens
 7 1/2 Uhr:
Freischütz

Volksbühne
 7 1/2 Uhr: Schind. Wibel

Deutsches Theater
 7 1/2 Uhr:
 Oskar Wilde

Kammerspiele
 7 Uhr:
 Zum ersten Male
 Die selber nennt
 sich Heisinge
 Komödie in 3 Akten
 von W. H. Stöcklen
 Regie: A. E. Licho
 Bühnenbilder: Her-
 mann Krehen

Die Komödie
 Entschuldig 24/201
 8 Uhr:
 Der Diner
 zweier Herren

Theater L. d. Hauptstr. Str.
 8 Uhr: Heitliche
 Brautfahrt

Komödienhaus
 8 Uhr: HAREM

Berliner Theater
 7.30 Uhr:
 Anneliese v. Bessau

SOULÉ
 8 Uhr:
**VARIÉTÉ-
 REVUE**

Crossing-Theater
 Tägl. 8 Uhr:
Das weite Land
 v. Art. Schnitzler
 Arnold Korff
 Julius Falkenstein
 Olga Limburg

Trianon-Th.
 Täglich 8 Uhr:
Yoshiwara
 Senden
 Erich Kaiser-Titz
 Blanche Dergan

Kleines Th.
 Tägl. 8 Uhr:
 Leop. Konstantin
 in
 Die Großfürstin
 und der Zimmerkellner

Th. L. Admiralsplatz
 Letzter
 Tanzabend
 8 Uhr:
Karsavina
 Tanz

Central-Theater
 7 1/2 Uhr: Die
 versunk. Glocke

Deutsches Opernhaus
 7 1/2 Uhr: Orpheus in
 der Unterwelt

Metropol-Theater
 8 Uhr: Tausend
 süße Bolshen
 Neues Theat. am Zoo
 Tägl. 8 Uhr:
Die weiße Weste

Th. in Kommand. Str.
 Täglich 8 Uhr:
USCHI
 von Jean Gilbert
 Sie wachen 7 1/2 Uhr
 Mein Leopold
 (Keine Preise)

Theater d. Westens
 Karl. Operngasse
 Sonnt. nachm.
 3 Uhr: **Martha**
 mit Max Fink

Residenz-Th.
 Tägl. 8 Uhr:
BUNBURG
 Vetto, Ehser,
 Kassner

Deutsches Theater
 8 Uhr:
 „Riquette“
 Komödie von Max Hara
 Lustspielhaus
 8 Uhr: Die Stunde
 D. wahre Jakob

Opernhaus
 am Schloss
 8 Uhr:
 Der blonde Traum

Wallner-Theat.
 8 1/2 Uhr:
 Romeo u. Julia



Hans Mierendorff als Liesegang
 Margarethe Kupfer als Tonis Mutter
 Lil Dagover als Toni Seidewitz

**HEUTE
 URAUFFÜHRUNG**



**DER DEMÜTIGE
 UND
 DIE SÄNGERIN**

TERRA-FILM
 NACH DEM BEKANNTEN ROMAN DER
BERLINER ILLUSTRIRTEN ZEITUNG
 VON FELIX HOLLAENDER
 MANUSKRIFT:
MAX GLASS UND E. A. DUPONT
 REGIE: **E. A. DUPONT**
 PHOTOGRAPHIE: **W. BRANDES**
 ARCHITEKT: **O. F. WERNDORFF**
 AUFNAHMELEITUNG: **HANS HOFMANN**
LIL DAGOVER
 HANS MIERENDORFF / MARG. KUPFER
 E. LEITHOFF / LOUIS RALPH
 ARNOLD KORFF / HARRY HALM
 OLGA LIMBURG / PAUL BILDT

7 UND 9 UHR
UFA-THEATER
TAUENTZIENPALAST
 VORVERKAUF 11-1 UHR

7 UND 9¹⁵ UHR
UFA-THEATER
TURMSTRASSE
 VORVERKAUF 12-2 UHR

Enren- und Freikarten in beiden Theatern ungültig

Ab morgen!
Ufa-Theater Tauentzienpalast
 Wochentags: 5, 7, 9 Uhr / Sonntags: 3, 5, 7, 9 Uhr
Ufa-Theater Turmstrasse
 Wochentags: 7⁰⁰ u. 9¹⁵ Uhr / Sonntags: 4³⁰, 7⁰⁰, 9¹⁵ Uhr



Arnold Korff als Intendant
 Eberhard Leithoff als Demütiger und Kapellmeister
 Olga Limburg als Trude Wessely

**Jandorf's
 Strumpf-Abteilungen**

unerreicht in Auswahl und Preiswürdigkeit

Einige Beispiele:

- Damen-Strümpfe** feinfädig, Ferse u. Spitze verstärkt, farblich und schwarz **0.58**
- Damen-Strümpfe** prima Seidenfaser, breiter Doppelrand, Doppelsehle, Hochferse, schwarz, farb. **1.65**
- Damen-Strümpfe** pr. Kunstseide, klares Gewebe, Florrand, -Sohle, schwarz, grau, mode **2.15**
- Herren-Socken** graumeliert oder farblich **0.48**
- Herren-Socken** schwarz mit farblich unterlegt, Jacquardmuster **0.95**
- Herren-Socken** Seidenfaser mit farblichem Längsstreifen **1.25**

Belle-Alliance-Str. * Gr. Frankfurter Str. * Brunnenstr.
 Kottbusser Damm * Wilmersdorfer Str.

**WALHALLA-
 THEATER**
 Welsbergsweg,
 Rosenhain Tor.

Täglich 7 1/2 Uhr
**Ensemble-
 Gastspiel**
 des
**Metropol-
 Theaters**
 Der große Zuhörer
**Gräfin
 Mariza**
 Original-
 Besetzung u.
 Ausstattung
 Eigener Kapelle
Horvath
 Preise:
 -75 bis 4.50 M.

Rose-Theater
 7 1/2 Uhr:
Graupenmüller

Thalia-Th.
 8 Uhr:
 Der blonde Engel

Herrnfeld-
 8 U. Theater 8 U.
 im Intimes Theater
 Bülowstraße 6
 Lechtstraße!
**Wer ist
 der Vater?**
 Herrnfeldstraße 1.3.A.

Casino-Theater
 Unter den Eichen 17
 Tägl. 8 Uhr
 Die kleine Theater Berlin
 Roelle volkst. Preise
 Der große Erfolg
Der Oberschleier
 Berliner Typen Berl. Oper
 Szen. des besten Programms

Apollo-Theater
 8 U. Dir: James Klein 8 U.
Die Nächte v. Paris
 Gr. Ausstattung u. Operette
 Über 100 Mitwirkende
 Preise 2 bis 10 Mk.
 Vorverk. anunterst. geöffnet

Berliner Uk-Trio
 Neukölln. Lehnhstr. 74/75

Romische Oper
 8 U. Dir: James Klein 8 U.
 Ueber
200 mal
 Der Sensationserfolg d.
 Berliner Theaterlebens
 Die gewaltigste aller
Revueen:
 Das hat die Welt
 noch nicht geseh'n
 Ueber 200 Mitwirkende:
 Wiederauftreten:
 Dr. Kastner, P. Westermöller
 Spanische Tanztruppen
 Französ. Tanzpaare usw.
Herabgesetzte Preise!
Parkett 6 Mk.
 Sonntags 3¹/₂ U. halbe Preise
 Jed. Erwachsene 1 Kind
 frei!

Reichshallen-Theater
 Abtend! 8 U. u. Sonntags nachm. 3 Uhr
Stettiner Sänger
 Neue Sport-Männer Neu-
 Kuchn. halbe Preise, volles Progr.
Dönhoff-Brett!
 Das Rosen-Programm!
 Ant. 7 1/2 U. Sonnt. 3 1/2 U.



Tägl. 7 1/2, Stgs. nach 3 Uhr:
**Die erste große
 CIRCUS-REVUE**
**Kusch Kusch
 3^{er} Busch**
 20 lustige Bilder aus
 Alt- und Neu-Berlin
 von Adolf Steinmann

Heinrich Bötel
 der 72-jährige Ritter
 vom hohen „C“
 Besonders hervorzuheben:
**Auf dem Alexanderplatz
 Auf dem Mars
 Das Fest der Venus
 Auf der Circuskuppel**

**Gr. Gala-Vorstellung
 im Circus Busch**
 in Lützowstr. St. Maj. Markt L.
 100 Clowns 100
 in der Manege
 Die Venus zu Pferde

**Der Kongress
 der Denkmäler**
 Alt-Berlin an der Fischerbrücke
 An der Jannowitzbrücke
 Auf zur Bannhülle nach Werder!
! Circus unter Wasser !

**Das lustige Tonfahrrad
 in der Wasser-Manege!**
 Alles rutscht und alles kracht!
 Alles schwimmt und alles lacht!
Parole:



Theater am Kottbusser Tor.
 Tägl. 8 Uhr und
 Sonntag nachm. 3 Uhr
Elise-Sänger.
 Kolossales April-Programm!
Sänger auf Schlager.
 Volkstümliche Preise

WINTERTAG
 Enrico Bassini im Rahmen d. 4
 unerreicht April-Spielpl. die 3^{er}
 halbe Preise, Rauchen gestattet!

Protest gegen die Rauchsteuer!

scheint vielen Rauchern die richtige Antwort auf die vorgesehene Erhöhung der Tabaksteuer von 20 auf 70 Proz. Nach statistischen Veröffentlichungen hofft man auf 7 Millionen Mark pro Monat von den deutschen Rauchern, das bedeutet anderwärts eine Ausgabe von 7 Millionen Mark monatlich an das Ausland für eingeführte Tabake. Der beste Protest gegen diese unsinnige Ausgabe ist und bleibt die „Putschtablette“. Sie erhält die Gesundheit und den Goldbeutel des Rauchers in Ordnung. Mit dem Gebrauch der Putschtablette hört das Rauchbedürfnis auf. Schon nach Genuß einer einzigen Tablette hört das Rauchen auf.

Nichtraucher die ihre Freunde gerne weniger rauchen sehen würden, schenken ihnen Putschtabletten meistens unter dem Vorwand, es seien Hustentabletten. Putschtabletten schmecken wie Pfefferminztabletten.

Hausfrauen die ihren Gatten in dieser Hinsicht sparsamer wünschen, machen es ebenso.

Fast jeder Raucher raucht zuviel. Hervorragende deutsche und amerikanische Ärzte haben neuerdings festgestellt, daß die in erschreckendem Maße um sich greifende Arterienverkalkung hauptsächlich auf das übermäßige Rauchen zurückzuführen ist. Mit „Putschtabletten“, der genialen Erfindung des deutschen Arztes Dr. med. R a s c h e r, hat man es nun in der Hand, sich den Rauchgenuß einzuschränken oder ganz abzugewöhnen. Zu einer vollständigen Abgewöhnungskur sind 8 Schachteln notwendig. Zum Einschränken genügt eine einzige Schachtel. Die Schachtel mit 30 Tabletten kostet frei Haus nur 1,20 Mark.

Putschtabletten sind garantiert unschädlich.

Sie sind gesetzlich geschützt und von hervorragenden Aerzten bestens empfohlen. Bestellen Sie sofort gegen Nachnahme oder Voreinsendung des Betrages direkt bei der „Putsch“ G. m. b. H., Stuttgart, Urbanstraße 81 c.

Ich Putsche!